



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 44.

Berlin, den 27. Januar 1918.

12. Jahrgang.

Gegen die Kriegstreiber! Für Völkerfrieden!

Berlin, den 22. Januar 1918.

Stimmen aus Oesterreich-Ungarn.

Seit einigen Tagen dringt aus dem Lande unserer Nibelungen-Brüder keine Nachricht mehr in die plöbejischen Niederungen Deutschlands. In den höheren Regionen weiß man natürlich ganz genau, was jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle vorgeht. Aber: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“, so lautete der altpreußische Regierungsgrundsatz im Jahre 1806, so lautet er noch heute, im Jahre des Heils 1918, trotz „Reorientierung“, „Parlamentarisierung“ und ähnlicher schöner Erregungsschöpsen des Krieges. Daran ändern auch die schönen Reden hinter den filzwattierten Wänden des Hauptausschusses und die zwödf- oder fünfzehnmal wiedergetauten Zensur-Jeremiaden so gut wie gar nichts. Die Wahlrechtsverschleppung im Dreiklassenhaus, das stärkere Anziehen des Zensurnebels, die Generalamnestie der Vaterlandspartei gegen einen demokratischen Frieden, die Vorgänge in Brest-Litowsk — all das und noch manches mehr sind Erscheinungen, die in engstem Zusammenhange stehen und ihre Wellen auch über die Grenzen Deutschlands hinaus schlagen. „Außerhalb des Deutschen Reiches sind Dinge vorgekommen, von denen das deutsche Publikum nichts weiß“, sagt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“. Und er hat ganz recht, wenn er weiter sagt: „Es hat keinen Zweck, über die ganze Lage unter den gegenwärtigen Umständen weiter zu reden, und es hat auch keinen besonderen Reiz. Es hat keinen Reiz, ... andern vorbeizureden, was sich sonstwo begibt.“

Unsere Leser werden begreifen, daß wir an dieser Stelle nicht sagen können, was wir vom Standpunkte unserer politischen Anschauung zu den überaus bedeutsamen Zeitereignissen zu sagen hätten. Wir wollen daher nur mitteilen, was andere Blätter bis zum 18. Januar aus Oesterreich-Ungarn mitteilen konnten.

Am 17. Januar wurde dem „Berl. Tageblatt“ aus Wien gemeldet:

„In Wien und Niederösterreich ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen. Dazu schreibt die „Neue Freie Presse“:

„Die österröschischen Arbeiter haben ihre Pflicht im Kriege vollst. erfüllt. Die gesamte österröschische Bevölkerung will den Frieden, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung. Aber weil eine solche Einigkeit besteht, soll in diesem Zeitabschnitte nichts geschehen, was den Eindruck hervorrufen könnte, daß bei Verlängerung des Krieges auch das Ziel der bloßen Verteidigung verloren gehen müßte. Das hieße die Heinde ermuntern und zur Verlängerung des Krieges verleiten. Deshalb müßte die Herabsetzung der Rekrute um jeden nur denkbaren Preis verhütet werden. Die Verhandlungen mit Ungarn über das Maß der Lieferung zeigen einen Fortschritt. Die Geneigtheit besteht, daß Ungarn die rückständigen Lieferungen floter abwickelt und sich auch zu weiteren Ausstößen bereit erklärt.“

Tags zuvor sprach eine Abordnung der Arbeiterschaft von Wiener-Niederösterreich und Umgebung unter Führung des Abg. Dr. Kanner beim Minister Hofer vor. Die Deputation verriet, daß die Arbeiter auch Absicht auf die rationierten Artikel angewiesen seien und daß die Kürzung der Mehlquote von den schwersten Folgen begleitet sein müßte und in allen Arbeiterkreisen große Aufregung hervorgerufen habe.

Minister Hofer, der selbst den Vorsitz in der Beratung führte, an der alle Referenten des Amtes für Volksernährung teilnahmen, übergab dem Präsidenten des Amtes Obersten Wallenstorfer. Die Referenten des Amtes gaben Aufschluß über den Stand der Versorgung. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden. Es wurde schließlich festgestellt, daß einige Vertreter des Amtes für Volksernährung sich nach Wiener-Niederösterreich begeben sollen, um die Lage an Ort und Stelle kennen zu lernen und mit der Arbeiterschaft in direkte Fühlung zu treten.“

Ferner meldete am 17. Januar das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büro:

„Wie die Abendblätter melden, ließ sich der Kaiser über die durch den Arbeiterausstand geschaffene Lage Bericht erstatten und beauftragte die Behörden, mit aller Energie dahin zu wirken, daß den Wünschen der Arbeiterschaft nach besserer Ernährung Rechnung getragen werde.“

Daß es sich bei all diesen Vorgängen nicht allein um die Kürzung der Mehlration handelt, geht aus dem Bericht über die Sitzung des Budget-Ausschusses des österröschischen Abgeordnetenhauses hervor. In dieser Sitzung hielt Genosse Viktor Adler, der bekanntlich alles andere als ein revolutionärer Draufgänger ist, eine bedeutsame Rede, deren Inhalt wir dem „Vorwärts“ entnehmen:

„Die russische Revolution hat jenes Motiv beseitigt, das für unsere Völkermassen den Krieg psychologisch erträglich hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gesagt: Der Alp des Kapitalismus müßte endlich entfernt, Europa müßte befreit werden. Nun ist das durch die eigenen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir stehen heute vor der Möglichkeit des Friedens und darum hat alle Welt die Überzeugung, der Friede darf durch Fragen des Prestiges, der durch Fragen von Zukunftsplänen nicht hinausgeschoben werden.“

Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einem Tone und in einer Art geführt werden, von der man sagen müßte, so macht man keinen Frieden. Man würde dabei Rußland unterschätzen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entstand endlich eine Hoffnung und nun sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verschwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Massen der Gedanke wach geworden: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Das ist die Stimmung in der Bevölkerung. Wir können nicht schweigend zusehen, wie ein paar Herren in Brest-Litowsk ihre Politik, vielleicht die Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleicht gegen den Willen der österröschischen Friedensunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Brest-Litowsk nicht verhandeln, ohne die Völker Oesterreichs mit am Tische sitzen zu lassen.

Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tische sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. In jedem anderen Lande wäre im Dezember das Parlament für permanent erklärt worden (und Deutschland? Red. d. „Vorw.“) und jede Regierung würde sagen, sie müsse sich verständlich mit allen Vertretern der Völker, auch derjenigen, die jetzt gerade unbequem sind, jede Fählung haben. Die Ausschaltung des Parlamentes bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen draußen eine ganz unmaßliche Situation. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten stumm sind und aus den Zeitungen erfahren müssen, daß ein General auf den Tisch schlägt, mit dem Säbel gerastelt wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist weder das österröschische noch das deutsche Oberkommando notwendig. In allen Völkern und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten gewohnt sind, durch aufgeregte Reden das Kriegsgewitter zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse. (Dr. Kollischer: Bei Lord George sieht man das nicht!)

Dr. Adler: Selbst bei Lord George! Das Reden allein ist es nicht! Wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn unbedingt, wir knüpfen daran nicht die Erwerbung eines Königreichs. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbständigkeit Polens von jeher als eines der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. Sie wäre auch für eine Angliederung Kroats an Warschau zu haben, nicht aber für eine Angliederung Warschauer an Kroaten. Dies darum nicht, weil wir dann in Verhättnisse kommen, die unmöglich sind und die im Widerspruch mit dem Willen der Völker

stehen. Wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht vernünftig geführt werden, werden wir die Möglichkeit verpassen, daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Friede schließt; denn die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Formel hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonflikts sein können. Das soll nicht zerstört werden. Wir verlangen, daß dem Parlament fortlaufend über die Dinge, die in Brest-Litowsk und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht, sondern daß man auch höre, was die Massen aller Völker wünschen.

Mit den Versuchen der Verschweigungen und Verschleierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Oesterreich nichts erfährt. Hat man ja sogar ernsthaft versucht, die gegenwärtige Aushandlungsbewegung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Totschweigen solcher Dinge müssen die abenteuerlichsten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die ohnehin schwierige Lage durch die Zensur noch zu erschweren. In den Ernährungsfragen müßte man sich nur ganz kurz fassen: Man muß unbedingt wissen, daß die begründete Meinung entsteht, daß das Hungern nicht weiter gehen wird, als es unbedingt gehen muß. ... Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.“

Neben anderen Rednern sprach dann noch der Deutschbürgerliche Zensur, der (ebenfalls nach dem „Vorwärts“) ausführte:

„Man glaubt durch Unterdrückung der Zeitungen und Ausschaltung des Parlamentes etwas zu erreichen und sieht nur die Gefahren, die aus der Stimmung des Volkes für den Frieden entstehen können, nicht aber die Gefahren, die durch ungeschickte Vertreter heraufbeschworen werden. Das Bürgertum will ebenso wie die deutsche Arbeiterschaft lediglich einen Frieden ohne Annexionen und würde sich gegen ein Scheitern der Verhandlungen mit allen Mitteln stellen. Ich warne die Regierung, heute eine Klasse gegen die andere auszuspielen. Das deutsche Bürgertum hat nicht die Absicht, für den Gewinn von Rußland den Krieg auch nur einen halben Tag weiterzuführen. Die Zugehörigkeit der Ostprovinzen zu Preußen ist auch für das deutsche Bürgertum kein Kriegsziel. Die täglich gescheiterten Versuche, in Wien Siegfriedensverhandlungen abzuhalten, beweisen schon, wie ein durch und durch deutsches Bürgertum über diese Frage denkt. Soweit es sich um Völker handelt, welche vor dem Kriege keine staatliche Selbständigkeit besaßen und die durch den Verlauf des Krieges reiches und die Wirkungen des Krieges gewissermaßen frei heraufgefallen sind, muß ihnen das entscheidende Wort über ihre Zukunft eingeräumt werden. Es ist daher nicht verstandlich, warum man eine Volksabstimmung in Polen nicht zulassen wolle. Es ist das ein Beweis dafür, daß wir oder noch mehr Deutschland eine solche Abstimmung nicht riskieren können, gleichwohl aber dieses Land haben möchten. Das jüngst veröffentlichte Programm Wilsons könnte die Grundlage zu einer Diskussion bieten. Ich warne davor, die Verhandlungen in Brest-Litowsk durch einen schnoddrigen Ton oder durch Säbelraseln zu gefährden.“

Am 17. Januar war dann Graf Czernin aus Brest-Litowsk zurückgekehrt und ließ am 18. Januar durch das amtliche Wiener Telegraphen-Büro folgende Erklärung verbreiten:

„Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange. Deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig.“

Ich hafte und bürgte jedoch dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Russland, weder Gebietsabtretungen, noch Kriegsentwädigungen.

Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf festeren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht."

Das klingt sehr gut und sehr schön. Damit ist aber der Sache eines allgemeinen Friedens nicht allzuviel gedient. Denn es darf nicht vergessen werden, daß Graf Czernin, wenn auch vielleicht nicht aus eigener Entschliegung, mehrmals erklärt hat, daß nach Westen hin sein Friedensprogramm keine Geltung habe.

Seit dem 18. Januar sucht man in deutschen Zeitungen vergeblich eine Nachricht über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

23. Januar.

Erst am 22. Januar konnte man in deutschen Zeitungen lesen, was in der letzten Zeit in Oesterreich-Ungarn in Wirklichkeit vorgegangen war. Man erfährt, daß in der Habsburgischen Monarchie seit dem 14. Januar eine

große Generalstreikbewegung

im Gange war. Den Berichten des „Berliner Tageblatt“ vom 22. Januar entnehmen wir folgende Mitteilungen über die Bewegung:

Am Morgen des 14. Januar entstand unter der österreichischen Arbeiterschaft eine lebhafteste Bewegung, die noch im Laufe des Tages zur Einstellung der Arbeit in zahlreichen Kriegsbetrieben führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von Wien-Neustadt, wo Deputationen bei den Behörden und den Leitern der Kriegsbetriebe gegen die Herabsetzung der Mehlquote protestierten.

Da die Antworten auf diese Proteste nicht befriedigten, gaben die Vertrauensmänner noch am selben Tage die Parole aus, die Arbeit niederzulegen. Als erste stellten die Arbeiter von den Walzwerk-Motorenwerken in Wien-Neustadt die Arbeit ein, ihnen schlossen sich alle übrigen Kriegsbetriebe von Wien-Neustadt, die sehr umfassend sind, noch im Laufe des Tages an. Dienstag mittag griff der Streik auf die Wiener Kriegsbetriebe über. Während des Schichtwechsels, um 1 Uhr, versammelten die Hauptvertrauensmänner die Arbeiterschaft um sich und teilten ihnen mit, daß von nun an die Arbeit ruhe. Es wurde die Parole ausgegeben, ohne lärmende Rundgebungen den Arbeitsplatz zu verlassen, Apparate und Maschinen zum Stehen zu bringen und jeden Morgen um 7 Uhr die Betriebe aufzusuchen, um nach einer neuen Parole zu fragen. So ruhien bereits Dienstagabend in den Bezirken Favoriten, Margareten, Fünfhaus und Floridsdorf sämtliche Kriegsbetriebe. In Ostaustrich wurde der Streik erst Mittwoch früh organisiert. Im Laufe des Mittwochs schlossen sich zahlreiche Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Donnerstag verhinderte die Wiener Arbeiterschaft der Wiener Hofoper die Vorstellung, indem sie erzwang, daß das Publikum nach Hause geschickt werden mußte. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht und kein Theater versuchte mehr zu spielen. Freitag mittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und am Freitag mittag sind die letzten Zeitungen in Wien erschienen.

Sonabend früh erschien im Verlag der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ein zwei Seiten umfassendes Mitteilungsblatt an die Arbeiterschaft. Auf der ersten Seite des Mitteilungsblattes waren folgende vier Punkte festgesetzt, die lauteten: 1. Es wird gefordert, daß die Regierung die

Verhandlungen in Brest-Litowsk von keinerlei territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert, 2. daß die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung zustimmt, 3. daß die Regierung die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen zugesagt und 4. daß sie der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.

Obwohl der sozialdemokratische Parteivorstand die Arbeiter aller Lebensmittelin industrien, die Straßenbahn- und Transportarbeiter, sowie die Gas- und Elektrizitätsarbeiter wiederholt dringend ersuchte, im Interesse der Gesamtbevölkerung die Arbeit nicht einzustellen, hatten diese Arbeitergruppen die Arbeit dennoch eingestellt.

Die Ausstandsabewegung blieb nicht auf Niederösterreich beschränkt, sondern dehnte sich am Donnerstag und Freitag auch auf Steiermark, Böhmen und Mähren aus. Auch in Graz, Brünn und Prag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und es entstand dieselbe Ausstandsabewegung, die sich beinahe zu einem Generalstreik auswuchs.

Es sind relativ nur wenige Ausschreitungen vorgekommen, wenn man bedenkt, daß in den letzten Tagen meist eine Arbeitermenge von einer halben Million Ausständiger in Wien allein ständig auf den Beinen war.

In Budapest

breitete sich die Bewegung weit schneller aus als in Wien. Dort wurden am Freitag morgen der Generalstreik proklamiert und auch der Straßenbahnverkehr eingestellt. Nur die Sezer und Drucker waren am Freitagabend noch nicht im Ausstand, sondern stellten noch die Morgenblätter vom Samstag her. Durch eine Zensurbestimmung durften jedoch die Sonabend-Morgenblätter lediglich über die Streiks in Oesterreich berichten, aber kein Wort über den Budapest Generalstreik sagen. Daraus hervorging die Parteivorstand der ungarischen Sozialdemokratie das weitere Erscheinen der Blätter.

Die Bedingungen der Streikenden.

Die Streikenden haben einen Rat von hundert Vertrauensmännern gewählt. Diese erschienen beim Ernährungsminister Höfer und stellten für die Beendigung des Streikes folgende Bedingungen fest:

1. Bedingungsloser Frieden;
2. Einführung des Achtstundentages;
3. Freilassung Friedrich Adlers und sämtlicher wegen politischer Delikte Verurteilten und
4. Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung der Kriegsbetriebe.

Die Führung der Verhandlungen mit der Regierung ist der sozialdemokratischen Parteileitung über-



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.



tragen, welche auf diese Weise wieder einen gewissen Einfluß auf die Lage nehmen kann, nachdem bisher die radikalen Elemente, die in der Opposition der Parteileitung stehen, die Oberhand gehabt zu haben scheinen. Die Parteileitung ist verpflichtet, den Vertrauensmännern, die sich täglich im Eisenbahnheim versammeln, über die Verhandlungen mit der Regierung Bericht zu erstatten.

Am 21. Januar abends wurde dem „D. Z.“ aus Wien gemeldet:

Der Streik in Wien und Niederösterreich geht deutlich seinem Ende entgegen. Fast überall ist die Arbeit schon heute früh aufgenommen worden, nur die Arbeiter des Arsenal und die Straßenbahner im 17. Wiener Bezirk hatten heute noch gefeiert, es ist aber wahrscheinlich, daß sie morgen dem Beispiel ihrer Genossen folgen werden. Auch in Budapest trat im Laufe des heutigen Tages Ruhe ein; die Verhandlungen wurden im Wesentlichen auf der Wiener Grundlage erledigt. Außerdem erzielten die Arbeiter vom Ministerpräsidenten Welferle die Zusage, daß die Wahlreform unverzüglich in Angriff genommen werde und daß, falls die Partei Liszaj diese Reform verhindern wolle, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben würden. Im allgemeinen verlief die Streikbewegung in ganz Oesterreich ruhig und würdig; nur in Krakan kam es zu schweren Verschlingungen gegen das Eigentum. Aber auch hier wurde, ehe das Militär einschritt, die Ruhe wieder hergestellt.

Ueber die Auackändnisse der Regierung verbreitete das Wolffs Telegraphenbureau folgende Meldung aus Wien:

Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterchaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident v. Seidler,

es sei der schließliche Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Ist zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Russland möglich, so solle die Verantwortung dafür auf die Entente-Mächte, die all die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausge schlagen haben. Dessenungeachtet hält die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte bieten dazu noch ihrer Ueberzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Russlands Kosten von der l. u. l. Regierung angestrebt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens wird es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach Abumung der besetzten Gebiete müßte die l. u. l. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Russlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können. Doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten sicherlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigenmächtigen Absichten leiten lasse und bereit sei, den russischen Wünschen soweit entgegen zu kommen, als die österreichisch-ungarischen Interessen gestatten, begeh der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung sei jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten, und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen. Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die Sonabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin hin.

In längeren Ausführungen legte sodann der Minister Hofer die Maßregeln dar, die die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und den Verbündeten die Ernährungsverhältnisse im einverständlichem Zusammenwirken zu verbessern.

Hierauf machte der Minister des Innern Graf Troggenburg Mitteilung über die geplante Reform des Gemeindevahlrechts.

Brest-Litowsk.

Wenn durch das offiziöse Wolffsche Telegraphenbüro auch immer wieder über den „günstigen“ Stand der Verhandlungen und über „Annäherungen“ verbreitet wurden, so liegt doch für den ruhig und nüchtern Denkenden kein Grund zu rosenrotem Optimismus vor. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so: Die ausschlaggebenden politischen Hauptverhandlungen sind am 18. Januar unterbrochen worden. Gen. Trocki mußte an diesem Tage aus innerpolitischen Gründen nach Petersburg zurückkehren. Ebenso zwangen die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn den Grafen Czernin zur Rückkehr nach Wien. Auch Herr von Kühlmann ist nach Berlin gereist. Die Hauptverhandlungen sollen erst am 29. Januar wieder aufgenommen werden. Alles, was in der Zwischenzeit über wirtschaftliche und rechtspolitische Fragen in Brest-Litowsk verhandelt wird, steht auf schwankendem, unsicherem Grunde, solange nicht in den Grundfragen eine Verständigung zwischen Russland und den Mittelmächten erzielt ist. Das gilt auch für die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine.

In den Grundfragen ist aber der Gegensatz der Auffassungen noch nicht ausgeglichen. Die Russen bestehen noch immer auf der Forderung, daß die besetzten Gebiete militärisch geräumt werden sollen und daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage und frei von jeder Beeinflussung über das Schicksal Polens, Litauens und Kurlands zu entscheiden hat. Die „Verständigung“ hat bisher nur darin bestanden, daß die Russen sich bereit erklärt haben, auf die Diskussion von Einzelfragen einzugehen und daß Herr von Kühlmann erklärt hat, daß man den besetzten Gebieten keine Staatsform aufzwingen wolle, aber sich das Recht vorbehalte, Litauen und Kurland durch wirtschaftliche und politische Verträge zu einer deutschen „Einflußsphäre“ zu machen. Der „Vorwärts“ hatte nicht mit Unrecht darauf verwiesen, daß das einen Zustand schaffen würde, der dem Verhältnis Frankreichs zu Marokko gleichläme, das die Franzosen ja auch nicht offiziell annektiert haben, sondern in das sie nur „friedlich eingedrungen“ sind. (Wobei man aber nicht zu vergessen hat, daß andere

regierungssozialistische Federn, geblendet von mitteleuropäischen Machtvorstellungen, den Absichten der deutschen Regierung eifrig vorgearbeitet haben.) Außerdem stehen die deutschen Forderungen vom 28. Dezember und das Auftreten des Generals Hoffmann in schneidendem Gegensatz zu den harmlosen Vertragsabsichten des Herrn von Kühlmann. Eine Räumung der besetzten Gebiete wird von den Mittelmächten nach wie vor abgelehnt. Die einzige Konzession, die man machen will, besteht darin, daß man nur soviel Truppen dort lassen will, als „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ notwendig sei. Ziemlich unbestimmt sind auch die Zusagen des Herrn von Kühlmann über die Volksabstimmung. Es besteht keine Klarheit darüber, ob das, was der General Hoffmann über die kurländischen und litauischen, in Wirklichkeit aus Baronen und Bourgeois der deutschen Minderheit bestehenden Körperschaften gesagt hat, noch aufrechterhalten wird, oder ob man einer auf breiterer Grundlage gewählten Volksvertretung „konstituierende“, d. h. über die politische Zukunft der in Betracht kommenden Länder entscheidende Rechte zubilligen will.

Solange über alle diese Probleme nicht eine Einigung erzielt ist, kann von einem „günstigen“ Stande der Verhandlungen keine Rede sein. Von der Art dieser Einigung hängt aber sehr viel für die Anbahnung eines allgemeinen Friedens ab. Erfolgt sie ohne imperialistische Hintergedanken, auf breiterer demokratischer Grundlage, werden die zum Frieden treibenden Kräfte in England, Frankreich usw. neues Vertrauen schöpfen und in der Lage sein, den Kriegswillen der Clemenceau, Lloyd George usw. zu brechen.

Während die Verhandlungen mit den Russen ruhen, haben die Vertreter der Mittelmächte mit denen der Ukraine weiter verhandelt. Ueber den positiven Inhalt der Verhandlungen wurde in den offiziellen Mitteilungen nichts gesagt. Am 21. Januar wurde aber offiziell verkündet, daß „begründete Hoffnung“ auf eine Einigung bestünde und daß die Ukrainer in ihre Heimat zurückgekehrt seien, um ihrer Regierung die Vereinbarungen von Brest-Litowsk zu unterbreiten.

Es ist aber notwendig, einer solchen „Einigung“ sehr kritisch gegenüberzustehen. Es ist schon begreiflich, daß den Mittelmächten sehr viel daran liegt, zu Sonderabmachungen mit der Ukraine zu kommen. Ob diese aber wirksam und dauernd sein können, hängt von der Gestalt der Dinge in Rußland selbst ab. Zunächst hat einmal Trozki eine äußerst scharfe Absage an die ukrainische Delegation in Brest-Litowsk gerichtet, die sich „gegen die Revolutionsmoral vergangen“ und „ein geheimes Übereinkommen mit Imperialisten“ abgeschlossen habe. Die Ukrainer hätten hinter dem Rücken der Russen mit der feindlichen Delegation verhandelt und unbeachtet ihres eigenen Versprechens den Russen keinen Bericht über die Verhandlungen mitgeteilt. Die Russen lehnen daher jede Verantwortung für die Verhandlungen der Ukrainer ab.

Die Dinge liegen in der Ukraine aber so, daß die derzeitige Regierung der Ukraine und deren provisorisches Parlament, die Rada in Kiew, sich aus gemäßigten Sozialisten und bürgerlich-demokratischen Elementen zusammensetzt. Diese Kreise sind auch in der Brest-Litowsker Delegation vertreten. Seit langem ist aber in der Ukraine eine starke proletarisch-bäuerliche Bewegung im Gange, die das Programm der großrussischen Sowjets angenommen und sich nach deren Muster organisiert hat. Von dieser Seite aus ist auch eine Gegenregierung geschaffen worden, die in dem exekutiven Zentralkomitee in Charlow ihre Spitze hat und von der Petersburger Bolschewiki-Regierung anerkannt ist. Solange also nicht entschieden ist, welche der beiden Richtungen in der Ukraine tatsächlich die Regierungsgewalt behaupten wird, haben auch die Sonderabmachungen in Brest-Litowsk einen ganz zweifelhaften Wert. Ganz abgesehen davon, daß man überhaupt erst dann von wirksamen und dauernden Abmachungen mit ganz Rußland reden kann, wenn das Verhältnis der einzelnen russischen Republiken zu einander endgültig geregelt ist. Vorläufig sind aber erst die Vorarbeiten zur Schaffung einer russischen Bundesrepublik nach nordamerikanischem Muster im Gange.

So ist also aus den bisherigen Verhandlungen in Brest-Litowsk etwas Ersprießliches weder für einen demokratischen Sonderfrieden mit Rußland

noch viel weniger aber für die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens herausgekommen

Soziale oder demokratische Republik?

Um diese Frage handelt es sich bei den gegenwärtigen, äußerst kritischen Ereignissen in Rußland. Am 18. Januar ist die langersehnte, heiß umstrittene Konstituante, d. h. die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene gesetzgebende Körperschaft, die den Errungenschaften der Revolution dauernde politische Form verleihen sollte, in Petersburg zusammengetreten und wenige Stunden später von der Bolschewiki-Regierung mit Waffengewalt aufgelöst worden. Es ist zurzeit nicht möglich, zu einem abschließenden Urteil über diesen Aufsehen erregenden Vorgang zu kommen. Bürgerliche Elemente waren in der so kurzlebigen Konstituante so gut wie gar nicht vertreten. Aber zwischen den gemäßigten Sozialisten, den Menschewiki und Sozialrevolutionären auf der einen und den Bolschewiki und dem radikalen Flügel der Sozialrevolutionäre auf der anderen Seite bestand erbitterte Gegnerschaft. Auch die gemäßigten Sozialisten wollen die Republik, wollen den Frieden, aber sie glauben, daß Rußland für eine rein sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform noch nicht reif sei, daß nur eine demokratische Republik möglich sei, deren Wirtschaftsleben und politische Existenz nur mit Hilfe des Bürgertums aufrecht zu erhalten sei. Die Bolschewiki dagegen sind der Ansicht, daß die proletarisch-bäuerlichen Massen die Träger der Revolution sind, daß die Traditionen der liberalen Demokratie für das revolutionäre Proletariat nur bedingte Geltung haben und daß die Sozialisierung des Wirtschaftslebens die Bildung neuer Klassengegensätze und damit neuer revolutionärer Möglichkeiten ausschleide. Wir können aus der Ferne heute noch nicht beurteilen, welche der beiden Anschauungen berechtigt ist. Dazu sind die Dinge noch zu wenig geklärt. Jedenfalls ist die innerpolitische Lage Rußlands zurzeit äußerst gespannt. Für den internationalen Sozialismus ist der Ausgang des großen Ringens zwischen gemäßigtem und radikalem Sozialismus von großer Bedeutung.

Wir geben für heute die Meldungen der Petersburger Telegraphen-Agentur wieder, die sich auf die bedeutsamen Vorgänge der letzten Tage beziehen.

Vom 19. Januar wurde gemeldet: „Nachdem die verfassunggebende Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralkomitees abgestimmt hatte, entsetzten sich die Bolschewiki. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen haben, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlass erscheinen über die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.“

Ferner verbreitete die Bolschewiki-Regierung folgenden Funkspruch:

„Gestern, den 18. Januar, wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung hat Genosse Swerdlow eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Tschernow gewählt. Der Genosse Swerdlow schlug im Namen des zentralen Vollzugsausschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Räte der Volkskommissare veröffentlicht wurden, bis zur Klarstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung, und zwar die bolschewistischen und der linken sozialrevolutionären Fraktion, verließen den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen statt. Die Soldaten, Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In Petersburg wurde ein Marinerevolutionsausschuß gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Matrosen und die Soldaten der Roten Garde aufrechterhalten.“

Führer der politischen Abteilung Michskow.

Das amstittende Dekret, auf Grund dessen die konstituente aufgelöst wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die russische Revolution hat von ihrem Anfang an die Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerngeordneten, als die Massenorganisationen aller arbeitenden ausgebeuteten Klassen, welche einzig fähig ist, den Kampf dieser Klassen für ihre volle politische und wirtschaftliche Befreiung zu führen, an die erste Stelle gestellt. Im Verlaufe der ganzen ersten Periode der

russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und erstarkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Illusionen des Einverständnisses mit der Bourgeoisie, die Falschheit der Formen des bürgerlichen demokratischen Parlamentarismus erlebten und praktisch zu dem Schluß kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich ist; als solch ein Bruch erlitten die Oktoberrevolution, die Uebergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets.“

Die verfassunggebende Versammlung, welche nach dem vor der Oktoberrevolution aufgestellten Listen gewählt wurde, war der Ausdruck des Verhältnisses der alten politischen Kräfte, als die Einigungspartei und die Kadetten die Gewalt inne hatten. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der sozialrevolutionären Partei stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Parteigängern der Bourgeoisie und den linken, den Parteigängern des Sozialismus wählen; auf diese Weise mußte die verfassunggebende Versammlung, welche als die Krone der bürgerlichen parlamentarischen Republik erschien, der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht in die Quere kommen; nachdem die Oktoberrevolution den Sowjets und durch die Sowjets den arbeitenden und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, rief sie den Widerstand der Ausbeuter hervor und zeigte sich bei der Unterdrückung des Widerstandes als der Anfang der sozialistischen Revolution. Die arbeitenden Klassen mußten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bürgerliche Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar ist mit der Aufgabe der Bewirkung des Sozialismus, daß, nicht die allgemeinen nationalen, sondern nur die Klasseneinrichtungen (wie die Sowjets) fähig sind, den Widerstand der bestehenden Klassen zu besiegen, und den Grund der sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jede Abgabe vor der Vollständigkeit der Macht der Sowjets, vor der durch das Volk eroberten Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus der verfassunggebenden Versammlung würde jetzt ein Schritt zurück und der Bankrott der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern sein.

Die am 18. Januar eröffnete verfassunggebende Versammlung ergab, auf Grund der alten bekannten Umstände, die Mehrheit der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei des Kerenski, Wassiljew und Tschernow; es ist klar, daß sich diese Partei weigerte, den vollkommenen, klaren, keine falschen Auslegungen zulassenden Vorschlag des höchsten Organs der Sowjetmacht, des Zentralkomitees der Sowjets, zur Besprechung anzunehmen und das Programm der Sowjetmacht, die Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. Da durch dieses die verfassunggebende Versammlung jede Verbindung zwischen sich und der Sowjetrepublik Rußlands abgebrochen hat, war der Beginn der Fraktionen der Bolschewiki und linken Sozialrevolutionäre, welche zurzeit die größte Mehrheit im Sowjet darstellen und das Vertrauen der Arbeiter und der Bauern genießen, von der verfassunggebenden Versammlung unauflöslich. Die Partei der Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Minimalisten führen einen offenen Kampf gegen die Sowjetmacht, indem sie ihren Organen zu deren Stürzung aufrufen und objektiv betrachtet, hierdurch den Widerstand der Ausbeuter gegen den Uebergang des Landes und der Fabriken in die Hände der Arbeitenden unterstützen. Es ist klar, daß der übrig gebliebene Teil der verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Verbedens des Kampfes der bürgerlichen Gegenrevolution zur Stürzung der Macht des Sowjets spielen kann. Deshalb verfügt das Zentralkomitee der Sowjets die verfassunggebende Versammlung aufzulösen.“

Nach anderen Meldungen ist es in den Straßen Petersburgs vor und nach der Auflösung der Konstituante zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Das russische Volk steht somit zurzeit wieder vor schweren inneren Kämpfen und Wirren. Wir als internationale Sozialisten können nur hoffen und wünschen, daß die konsequent sozialistischen Ideen der Bolschewiki sich behaupten können, ohne daß eine lange, kampfdurchtobte Zwischenzeit die Kräfte des Volkes noch mehr schwächt, als sie durch den Krieg schon geschwächt sind. Soweit Rußland selbst in Betracht kommt, kann die Bolschewiki-Regierung ihr kühnes Programm nur dann durchführen, wenn sie die Massen der Bauern und Arbeiter nicht allein in Petersburg, sondern im ganzen Lande dauernd hinter sich hat.

Der Ausgang der innerpolitischen Kämpfe in Rußland wird natürlich auch von Bedeutung für die Friedensfrage, ebenso auch für die praktische Durchführung der Annulierung der Staatsschulden, die kürzlich verfügt wurde, für die Agrarreform usw. sein.

In Frankreich und England.

Das politische Leben ist in den Ententeländern zweifellos durch die Friedensoffensive der Bolschewiki in starke Bewegung gekommen. Nur hat der

28. Dezember von Brest-Litowsk dazu beigetragen, daß sowohl in Frankreich wie in England die Kriegstreiber vom Schlage Lloyd Georges und Clemenceaus noch Oberwasser haben. Aber der erstere hat auf Drängen der englischen Arbeiterschaft seine kriegerischen Lüste schon stark dämpfen müssen. Wohl hat das englische Parlament angesichts der zu Ungunsten der Entente veränderten militärischen Situation an der Westfront einem Gesetze zugestimmt, das den Mannschäftsbestand des Heeres um 500 000 Mann vermehrt und auch mehr Kräfte für den Hülfsdienst disponibel macht, aber Lloyd George muß alle seine Beredsamkeit aufbieten, um den Arbeitern die Notwendigkeit dieser Maßnahme plausibel zu machen. Ein Sieg des demokratischen Gedankens in Brest-Litowsk sowie andere Umstände würden den Friedensgedanken bei den englischen Massen viel stärker zum Durchbruch bringen, als das bisher der Fall war.

In Frankreich führt Clemenceau seinen Kampf gegen die Friedensbewegung mit alter Verbissenheit weiter. Er hat jetzt den angeklagten Exminister Caillaux sogar verhaften lassen. Aber bei den vielen Vertrauensboten, die er sich in der Kammer ausstellen läßt, tritt doch stets eine nicht unbeträchtliche Clemenceau-seindliche Minderheit in Erscheinung, die über Nacht eine Mehrheit werden kann. Die französischen Sozialpatrioten schlagen sich zwar mit der Regierung Clemenceaus und den royalistischen Reaktionen herum, zu einer energischen, proletarischen Friedenspolitik können sie sich aber nicht aufrufen. Nur die Zimmerwalder Minderheit ist rührig, würde aber mehr Einfluß auf die Massen haben, wenn es in Brest-Litowsk nicht zu einem „Schwertfrieden“, sondern zu einem demokratischen Frieden käme.

Herr Wilson hat Anfang Januar ein sehr ausführliches Friedensprogramm bekanntgegeben, an dem vom Standpunkte des internationalen Sozialismus sehr viel auszusehen ist, das aber den Anhängern des bürgerlichen Verständigungsfriedens reichlich Verständigungsmöglichkeiten geboten hätte. Die Regierungen der Mittelmächte haben aber Herrn Wilson direkt oder indirekt eine Absage erteilt, — so der preussische Minister Drows, der vom Regierungssozialismus begünstigt wird, im Abgeordnetenhaus. In der Mehrzahl der deutschen Zeitungen, deren Takt und Verständnis für weltpolitische Dinge unter aller Kanone ist, hat Wilson nach der beliebten schnoddrigen Methode mit Hohn und Spott überschüttet.

Im übrigen gärt es auch in anderen Ländern. So wird aus Spanien und Portugal während über Unruhen berichtet, deren Ursache ebenfals der Welthunger wie politische Unzufriedenheit ist.

Gibt preussische Radikalmittel.

In Preußen gibt es zum Glück noch Männer, die für alle kritischen Situationen ein Allheilmittel bei der Hand haben. In der Versammlung der westpreussischen Abteilung des Bundes der Landwirte in Marienburg erklärte Freiherr v. Wangenheim:

„Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsschädigung abschließt, muß als Landesverräter erschossen werden.“

Herr v. Oldenburg-Januschau aber äußerte sich dahin:

„Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sich weigern sollten, für den Noerbedarf zu arbeiten, dann müßte man sie zur Arbeit zwingen und ihre Hädelsführer, die er als Hundsfütter bezeichnete, müßte man an die Wand stellen und erschießen.“

Und es mag am deutschen Wesen Einmal noch die Welt genesen, sang Geibel in seinen Heroldsrufen. Und nationale Schwarmgeister haben das Wort im Laufe des Krieges unzähligmale wiedergelautet. Aber an dem Wesen, das sich in den Wangenheim und Oldenburg so drastisch äußert, geneßt die Welt sicher nicht.

Der „Vorwärts“ ist am 22. Januar „wegen Nichtbeachtung einer allgemein gültigen Zensurverfügung“ verboten worden. —

Wir sind grundsätzliche Gegner der Zensur, aber eine Frage sei bei dieser Gelegenheit erlaubt: Wurde der „Vorwärts“ unter der früheren Redak-

tion verboten, dann hieß es, die Ungeheuerlichkeit der Redakteure sei daran schuld. Wer ist denn jetzt, wo die früheren Taktler sich in der Redaktion eingenistet haben, daran schuld?

Aus den Organisationen.

2. Wahlkreis. Lesebende. Für den Süden und Südwesten Montag, den 28. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Kemp, Hallesches Ufer 10. — Für den Westen bei Selter, Steinmeyerstraße 29.

Treptow = Baumschuldenweg. Der Frauenlese-Abend für den Ostteil Baumschuldenweg findet am Montag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Krause, Riechholzstr. 249, statt. Tagesordnung: Vortrag und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Charlottenburg, Rosinenstraße 4, (Beretungszimmer der Stechierhalle) Frauen-Lesabend. Wichtige Tagesfragen stehen zur Diskussion.

Brandenburg a. O. Die Verkürzung der Ladenschlußzeit auf 5 1/2 Uhr anstatt wie bisher 7 1/2 Uhr beabsichtigt der hiesige Magistrat einzuführen. Das Gewerkschaftskartell, das sich hierzu zu äußern hatte, beschloß sich in seiner Sitzung am 10. Januar mit der Sache. Es kam zu einer eingehenden Debatte. Während Hl. Aman, Sekretär Hinkmann, Angestellter Müller u. a. die Absicht des Magistrats unterstützten, legten die Kollegen Meße, Häder, Müller und Becker die Nachteile für die Arbeiterschaft dar, die infolge ihrer Arbeitszeit bei einem früheren Ladenschluß an dem Einkauf behindert würden, zumal viele Einzelpersonen, die am Orte arbeiten, niemanden zum Einholen hätten, auch die vielen arbeitenden Frauen nicht einkaufen könnten. Hand in Hand mit einem früheren Ladenschluß müßte eine Herabsetzung der Arbeitszeit gehen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution Müller gelangte vom Vorsitzenden Gemoll leider nicht zur Abstimmung. Er formulierte vielmehr die Frage nach Zustimmung zum Stebenhrladenschluß. Dadurch entstand große Unruhe. Im Tumult erfolgte die Abstimmung, so daß niemand wußte, wie das Resultat war. Denn die Versammlung legte den Hauptwert auf die gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Meinung kam aber durch die faulose Abstimmung des Vorsitzenden gar nicht zum Ausdruck. Im ganzen war die Debatte sehr sachlich; nur dem Herrn Sidow von der Brandenburger Zeitung blieb es vorbehalten, die Debatte auf das persönliche herabzuziehen. Ihm wurde aber so gedient, daß er die Schamung sich merken wird.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireisende Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 27. Januar, vorm. 9 Uhr, Bessel-Allee 15/17; Neutölln, Idealsoffage, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 48 bei O. Vamp; Freireisende Verlesung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. C. Schmidt: Volkstanz. — Gäste willkommen.

Mariendorf. Der hiesige Bildungsausschuß des Wahlvereins hat für Sonntag, den 3. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums einen Ausabend arrangiert. Der Eintritt nebst Programm beträgt 75 Pf. Das letztere ist so zusammengestellt, daß der Besuch lohnend und heitere, erbauende Stunden in erster Zeit bietet. Karten sind im Konsumladen, sowie bei den Bezirksführern zu haben. Zum zahlreichen Besuch ladet ein.

Der Bezirksbildungsausschuß des Unabh. Wahlvereins von Mariendorf.

Quittung.

Für Parteizwecke: Von den Kolleginnen u. Kollegen der Firma G. P. Goers-Berl., Tempelhof, 200 Mk. Ueber-schuss der Krankspeude d. Gen. Stadthagen. — Bezirk Reinickendorf-Ost 50 Mk. für Agitation der U. S. P. D. von einem Volksfreund.



Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Geschäftsstelle:

H. Müller, NW. 23,
Cughavener Str. 15.

Sprechstunden von 7-8 1/2 Uhr.

Sonntags von 10-12 1/2 Uhr.

Telephon: Mosbit 4199.
Vollstreckkonto: Nr. 18957 Berlin, E. Dentler
für „Verein d. Freidenker f. Feuerbestattung“.

Kassierer:

E. Dentler, Neukölln,
Berliner Str. 35, Post. 11.

Einkittsgeld 1 Mk. — Monatsbeitrag 30 Pf. — Aufnahme bis zum 50. Jahre ohne ärztliche Untersuchung. Nach 25-jähriger Mitgliedschaft Beitragsfreiheit.

Nach 1 jähriger Mitgliedschaft kostenlose Bestattung!

Dazu gehören: Amtsmäßige Bestattung, vorschrittmäßiger Holzarg, Einsargen und Plombieren, Leichenwagen nebst Träger, Harmoniumspiel in der Halle, Einsargung der Leiche und Beisetzung der Aschenkapfel. Personen über 50 Jahre alt werden zu besonderen Bedingungen durch die Geschäftsstelle oder den Kassierer aufgenommen. — Auskunft erteilt auch jede Geschäftsstelle.

Ordentliche General-Versammlung

am Montag, den 4. Februar 1918, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale des „Rufener-Vereinshaus“, Kaiser Wilhelmstr. 31.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes; a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) der Revisoren. 2. Antrag des Vorstandes betr. Entschädigung der Vorstandsmitglieder. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Bericht vom Kulturkreis Groß-Berlin, Festsetzung des Jahresbeitrages und Wahl der Delegierten. 5. Beschlußfassung betr. Beitritt zum brandenburgischen resp. preussischen Verband der Feuerbestattungsvereine. 6. Verschiedenes.

Zusatz nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Saal ist geheizt.

Der Vorstand.

Nachruf!
Am 18. d. M. ist unser Kollege, der Dreher
Paul Rettig
nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 51 Jahren verstorben. Paul Rettig war Mitglied unserer Agitationskommission. Trotz seiner schwächlichen Gesundheit war er rastlos tätig im Interesse der Organisation. Niemals scheute er sich dort zu erscheinen, wo es galt, für seine Kollegen einzutreten. Selbst dann noch, als eine tödliche Krankheit seinen rastlosen Wirken ein Ziel setzte, war sein einziger Wunsch, daß es ihm nochmals vergönnt sei, die ihm lieb gewordene Tätigkeit wieder aufzunehmen. Der Tod hat alle Hoffnungen zu nichte gemacht. Die Berliner Metallarbeiter, besonders die Dreher, werden sein Andenken in Ehren halten.
**Die Agitationskommission
der Eisens-, Metall- und Revolverdreher.**

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
3. Wahlkreis.
Am 14. Januar starb in einem Reservelazarett unser Mitglied, der Kartose
Felix Hornung.
Wir verlieren in dem Verstorbenen ein braves Mitglied.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.
4. Wahlkreis.
Am 21. Jan. verstarb unser Genosse, der Schleifer
Adolf Hentscher
Muskauerstr. 42, Bezirk 166.
Die Einsargung erfolgt am Sonnabend, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Gerichtsstr.
6. Wahlkreis.
Unseren Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Genosse
Carl Hartsh
Vettestr. 8, Bezirk 541a, 4. Abteilung verstorben ist.
Am Dienstag, den 15. Januar, verstarb unser Genosse, der Lötler
Reinhold Barth
Obenburgerstr. 12, 18. Abt., Bez. 718.
Am 8. Jan. verstarb unser Mitglied, die Genossin
Martha Miel
Stromstr. 42, Bez. 719, 15. Abteilung.
Wahlverein Berlin-Mariendorf.
Am 17. Januar 1918 verstarb nach langen Leiden die langjährige Parteigenossin
Emilie Globel
Lankwigerstr. 16
im 40. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!

Die Zensur vor dem Reichstags-Ausschuß.

Vom 17. bis 19. Januar beschäftigte sich der Hauptauschuß wieder einmal mit den „Nißgriffen“ der Zensur. Es ist kennzeichnend für die Geduld der Reichstagsmehrheit bis hin zu den Abhängigen, daß trotz der von allen Seiten als unerträglich bezeichneten Zustände außer unserem Genossen Haase keiner die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes forderte, sondern nur die „Auswüchse“ beseitigt sehen wollte! Als ob diese nicht die unvermeidlichen Folgen des Systems wären, das dem Gendarmen einer unkontrollierten Behörde die endgiltige Entscheidung überweist — denn die Befehle, die gegen die Maßnahmen der Generalkommandos bei dem preussischen Kriegsminister erhoben werden können, heißt, wie im Ausschuß gesagt wurde, den Teufel bei Beelzebub verlagern. Deshalb konnten es sich der Kriegsminister und sein Geheime, General v. Wisberg, sehr leicht machen und mit dem Bräutigam der Lederzeugung versehen, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen vorgehen — obwohl eine Fülle von Material vorgebracht wurde, das die Freunde eines Verständigungsfriedens alle Schärpen des Belagerungszustandes zu spüren bekommen, während die Vaterlandspartei und die anderen Altdeutschen die vollste Bewegungsfreiheit begehren, — auch innerhalb des Heeres.

Die Abgeordneten Gohlein und Ebert brachten ganze Bündel von Akten zum Vorschein, aus denen hervorging, welche Masse von Auswüchsen sich bei den Abgeordneten anhäufte, und das ist doch nur ein kleiner Teil aller der Tag für Tag sich abspielenden großen und kleinen Tragödien. Die Verbote von Versammlungen und Zeitungen, die Unterdrückung von Artikeln, alles das geschieht nach den Verordnungen des Kriegsministers nur, um das Vaterland vor dem Untergang zu schützen. So haben die Kemoren schon vor Jahrhunderten ihr Vergehen begründet, und das Rad der Weltgeschichte ist trotz ihrer Veremmerungen weitergerollt, über sie hinweg. Ja die Reibungswiderstände, die die Reaktion dem Fortschritt entgegenstellt, sorgen nur dafür, daß die Empörung und der Unwille über diese Zustände umso mehr wächst. Fielich, wenn der Reg. keine diese Empörung zwar mit tönenden Worten mildert und als berechtigt erklärte, dann aber in denselben Akten es als unzulässig und lächerlich bezeichnet, daß diese Empörung sich etwa öffentlich Luft machen will, dann können sich die amtlichen Vertreter dieses Systems die Deklamationen ruhig anhören, und wenn diese auch immer wieder, wie er meinte, „siedehadig“ wird, — das ändert nichts, und solcher Redestrom beunruhigt und belästigt auch die Zensoren nicht. Solange die „Emporen“ trotz alledem getreu hinter dem Wagen der Regierung herlaufen, mag sie ihnen auch noch so viel Hader auf den Weg streuen, solange bleibt eben alles beim alten, auch wenn man, wie Ebert mit einem bitteren Gefühl an diese Frage herangeht, in der der Reichstag eine so klägliche Rolle spielt. Diese Kläglichkeit ist eben das Best derer, die es soweit kommen ließen.

Wie die Vertreter der Regierung denken, dafür legte das Diktum des General v. Wisberg bei

all seiner Kürze herabdes Zeugnis ab; er sprach das geflügelte Wort aus: es gebe nur zweierlei Möglichkeiten: „Entweder die Versammlungen werden alle erlaubt oder nur teilweise.“ Die stürmische Heiterkeit des Ausschusses machte ihn nicht einmal fertig, denn daß es auch die Möglichkeit gibt, daß alle Versammlungen erlaubt werden, das liegt außerhalb der Vorstellungen des Generals.

Eine wuchtige Auflage waren die Ausführungen Haases, die nicht allein bedeutungsvolles Material vorbrachten, sondern auch zeigten, wie es das System ist und nicht Liebereifer oder Dummeit einzelner Personen, die solche unwürdigen Zustände zeitigen. Der Erlaß des Reichstanzlers an die Zensurstellen, bringen nur dann einen Fortschritt, wenn er loyal durchgeführt wird. Aber diesen Erlaß erlaubt die Zensur nicht einmal zu veröffentlichen, sondern erlaubt ihn als innere Dienstangelegenheit! Die Praxis zeigt eben, daß die militärischen Stellen sich um solche Anordnungen des Reichstanzlers gar nicht kümmern. In dem Erlaß wird ein Grundsatz ausgesprochen, für den Haase seit Jahren eingetreten ist: „Persönliche Beleidigungen und Angriffe durch Zensurmaßnahmen zu unterdrücken, ist nicht Aufgabe der Zensurbehörde.“ Wäre dieser Grundsatz in Geltung gewesen, so hätte der „Vorwärts“ nicht verboten werden können, denn das Verbot erfolgte wegen eines Angriffs gegen den Schwerindustriellen Brüning, der sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg einsetzte und gleichzeitig Hauptlieferant von U-Booten ist. Dieses Verbot war ja das Mittel, um unter Beihilfe der Zensurbehörde den „Vorwärts“ in andere Hände hinüber zu spielen und ihn den Berliner Arbeitern zu entreißen. —

Eine Eingabe des Vorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie an die Zensurbehörde mit Beschwerden über zahlreich Verbote wurde dahin beantwortet, daß die Beschwerden geprüft werden, — bis heute, nach fünf Monaten, ist aber diese Prüfung noch nicht beendet!

Inzwischen werden nach wie vor die Annerzionisten durch die militärischen Stellen begünstigt, und das nicht, weil sie, wie Heine meinte, „naiv“ sind, sondern aus zielbewusster Politik. Wir können den Annerzionisten jede Freiheit, ihre Meinung zu vertreten, aber wir verlangen dieselben Rechte.

Nun aber folgendes: Der konservative Abgeordnete v. Graefe beschwerte sich, daß die Vaterlandspartei behindert werde, Mitglieder zu werben, — das Gegenteil ist richtig. Die Maßnahmen richten sich mit voller Schärfe gegen unsere Unabhängige Partei. Als die russische Regierung einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen anbot, den der Reichstanzler als eine distinkte Verhandlungsgrundlage bezeichnete, wurde uns verboten, einen Aufruf zu Versammlungen für diesen Zweck zu veröffentlichen. Die Beschwerde wurde vom Obermilitärbefehlshaber, dem Kriegsminister v. Stein, mit der Begründung zurückgewiesen, daß das Verbot nach den bestehenden Zensurbestimmungen gerechtfertigt sei. Ein Grund wurde nicht angegeben, so daß nicht einmal Nachprüfung möglich war, ob der Grund auch wirklich den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. — Auch wissenschaftliche Ab-

handlungen von Gelehrten, z. B. über Kohlenforschung und Ernährung, wurden von der Zensur unterdrückt.

Kennzeichnend für die Zensur sei auch das Verhalten gegenüber der Herausgabe einer neuen „Neuen Zeit“. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat Kausty und Barm wegen ihrer Anschauungen aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ entfernt und die Leitung dieser von Kausty selbst vor 38 Jahren begründeten Wochenchrift an Guntow übertragen, dessen politische und wirtschaftliche Anschauungen sich im schroffsten Gegensatz zu denen Kausty's befinden. Als nun Kausty und Barm eine „Internationale Neue Zeit“ herausgeben wollten und einen Prospekt beim Generalkommando in Kassel einreichten, erzielte dieses nicht die Genehmigung, weil „damit nicht einem dringenden Bedürfnis der Allgemeinheit gedient wird“. Daß ein solches Bedürfnis in diesem Falle vorliegt, vermag das selbstverleumdende Generalkommando nicht anzuerkennen, zumal der wissenschaftlichen Aufklärung der in Frage kommenden Kreise durch das Weiterbestehen der „Neuen Zeit“ voll auf genügt ist. Gegen diese die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellende Entscheidung wurde Beschwerde eingelegt, — der Kriegsminister hält aber die Nichtgenehmigung aus dem vom Generalkommando angeführten Gründen für gerechtfertigt.

Haase schilderte dann das Verhalten der Zensur zu den Berichten über die russischen Friedensverhandlungen. Der Reichstanzler v. Hertling hatte versprochen, daß der Bevölkerung nichts vorenthalten wird, was die russische Presse darüber berichtet. Jetzt aber meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur:

„Bolschewik über Friedensverhandlungen entstellen deren wahren Sinn. Kriemann erklärt, deutsche Regierung behalte sich Streichung jeder Mitteilung vor, die Volksmassen in Deutschland erregen könnte.“

Vor einigen Tagen hat die Sozialdemokratische Partei in Oesterreich einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, für den annexionlosen Frieden zu demonstrieren. Dieser Aufruf erschien in Oesterreich, nachdem er zensuriert worden ist, — in Deutschland ist seine Veröffentlichung oder Besprechung unmöglich.

Haase fragte, was nun geschehen solle. Resolutionen sind wertlos, auch Anträge wie der Heine's, wenn nicht der Reichstag alle seine Nachmittel verwendet, um seinen Beschlüssen Nachdruck zu geben. Der Belagerungszustand müßte überall aufgehoben werden, da er dem Gesetz widerspricht. Zum Schutz berechtigter militärischer Interessen, insbesondere gegen Spionage, genügt das Gesetz von 1914 vollständig, das Belagerungszustandsgesetz aber diene nur dazu, unbecommene politische Anschauungen zu unterdrücken.

Reg. Erzberger ergänzte noch die Ausführungen Haases und verlangte, daß sofort vom Ausschuß geprüft werde, ob der Belagerungszustand auf gesetzlicher Grundlage beruhe. Die Achtung vor den Gesetzen sei in Deutschland auf ein Minimum gesunken, die Zensur sei zur ein Mißbrauch der Mißbräute zu politischen Zwecken, sie werde bewußt

Friede und geheime Diplomatie.

Von Max Adler.

In dem geschichtlich denkwürdigen Manifest vom 9. November 1917, mit welchem die russische Revolution unter Einwirkung einer „Regierung der Arbeiter und Bauern“ als erste Tat den Vorschlag sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses macht, findet sich auch, noch allzuwenig beachtet, die Erteilung eines anderen sehr wichtigen Beschlusses der Demokratie, die Abschaffung der geheimen Diplomatie. „Die Regierung“, heißt es in diesem Manifest, „schafft ihrerseits die gesamte Geheimdiplomatie ab und bestreift ihren letzten Entschluß, die Friedensverhandlungen offen vor der ganzen Welt zu führen und zur Veröffentlichung aller von der Regierung der Großgrundbesitzer oder Kapitalistenklasse seit Februar bis zum 7. November 1917 geschlossenen oder geschlossenen Geheimverträge zu schreiten. Die Regierung erklärt diese Geheimverträge für null und nichtig.“

Mit diesem Akt des Siegreichen russischen Proletariats ist ein mächtiger Vorstoß gegen jene Gewalten der Vergangenheit gemacht worden, die, so sehr sie auch das innerstaatliche Leben bereits den Fesseln absolutistischer Willkür entrastet hat, im Verkehr der Staaten und Völker untereinander doch noch gänzlich ihre Stellung behauptet haben. Noch immer war und ist selbst in parlamentarisch regierten Staaten die wirkliche Gestaltung der äußeren Politik dem Einfluß der Volksoberkeit fast ganz entzogen und mittels der geheimen, auch vor den Parlamenten sich in ihr Geheimnis hüllenden Diplomatie direkt als eine Angelegenheit der Herrscher selbst angesehen; als ob nicht gerade die Beziehungen der Staaten zu einander, die Frage der Bündnisse, der Erhaltung des Friedens und der Eröffnung des Krieges Dinge wären, die alle Lebensinteressen der Völker selbst auf das tiefste berühren und nicht etwa bloße Machtinteressen der Herrschenden selbst; oder als ob die Völker nicht selbst bereits genügend reif geworden wären, ihre Interessen selbst wahrzunehmen, und immer noch die Vornamen brauchten in der Zeit des aufzuckenden Absolutismus, da das schönklingende Wort galt: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk!“

Was für einen ungeheuren Widerspruch zu unserem ganzen modernen politischen Bewußtsein, das durchaus auf dem Prinzip der Richtigkeit und Selbstbestimmung der Völker aufgebaut ist, die Geheimdiplomatie bedeutet, das ist allen, die es nicht schon früher

wußten, nun durch diesen Krieg in schauerlicher Klarheit vor die Seele gestraft worden. Noch haben die Völker das Entsetzen in allen Gliedern, daß sie eines Tages, mitten in sonniger Ferien- und Urlaubszeit, erwachten, um sich aus einem jahrzehntelangen Frieden in einen Krieg hineingerissen zu sehen, an dessen so furchtbare Nähe keines eine Woche zuvor gedacht hätte! Und wenn wir nun in den diplomatischen Dokumentensammlungen blättern, welche die Regierungen nach der Veröffentlichung, erst nachdem sie dann nicht ein qualvolles Staunen und ohnmächtige Erbitterung, daß einige Tage vor dem Weltbrand Potenzen, Minister und Diplomaten über Entschlüsse oder Verhüllungen des Krieges konferierten und telegraphierten, ohne daß die Massen der Völker oder ihre berufenen Vertreter auch nur die leiseste Ahnung davon hatten, was über das Geschick ihrer lebenden Generationen und ihrer Nachkommen in diesen unheilswangeren Tagen entschieden wurde! Ein Häuflein, nach der Verfassung mancher Staaten sogar parlamentarisch unverantwortlicher Menschen hatte so die Möglichkeit, über die Zukunft Europas zu entscheiden und die Völker vor Situationen zu stellen, in denen sie selbst mit viel größerer demokratischer Kraft, als sie ausübten in der Lage waren, nur noch Gefangene des entseßlichen Krieges gewesen wären. Seither raht dieser Krieg schon das vierte Jahr durch die „zivilisierte“ Menschheit. Aber im Grunde wiederholt sich an allen entscheidenden Punkten seines Verlaufes die gleiche Machtlosigkeit der Völker gegenüber der Frage der Kriegsförderung oder Kriegsendigung wie bei Beginn des Krieges. Ist es nicht eigentlich ein himmelschreiender Widerspruch, daß dieselben Völker, die den Krieg durch ihre maßlosen Opfer tragen, durch ihre bewundernswürdige Ausdauer und Tüchtigkeit im Felde wie im Hinterland alle seine Erfolge überhaupt ermöglichen und deren treue Hingabe an Krieg und Vaterland in offiziellen Kundgebungen immer wieder gerühmt wird, in der wichtigsten Frage nicht etwa keinen ausschlaggebenden, sondern nicht einmal die Möglichkeit eines mitentscheidenden Einflusses haben, in der Frage: wie lange sie alles dies noch aushalten müssen und zu welchem Zweck? Sicherlich ist es ganz unwürdig, dem heute erreichten Stande staatsbürgerlichen Bewußtseins und Verantwortung, daß, während alle Hände von dem Unannehmlichen nach Frieden erfüllt sind, so daß es keinen Staatsmann, weder hien noch drüben geben kann, der es wagen dürfte, sich nicht als Freund baldigsten Friedensschlusses zu erklären, diese ganze stehende Volkswelt gar keine eigenen Organe hat,

ihren Willen in zweckdienlicher Weise zum Ausdruck zu bringen, sondern untätig und leidend auf die Güte Stunde einer günstigen Neuerung eines ihrer Minister oder Diplomaten warten muß, und hierauf noch angstvoller auf die Antwort der Gegenseite während rasend des Krieges jeden Tag ungeschälte neue Opfer fordert, welche die Vernunft der Völker überall schon längst als überflüssig erkannt hat, müssen sie gleichwohl ihr Geschick an dem mehr oder minder glücklichen Ausbruch diplomatischer Noten und Ausdrücke geknüpft leben und für jedes mißbegleitete oder unverantwortliche Wort zittern, statt daß sie selbst die Stimme und den Willen der Volksoberkeit laut werden lassen könnten.

Die Forderung, daß über Krieg und Frieden das Volk selbst zu entscheiden habe, ist eine alte und selbstverständliche Forderung, nicht etwa erst der sozialistischen, sondern schon der bürgerlichen Demokratie. Aber was dieser Krieg uns jetzt besonders grauenvoll gezeigt hat: dazu genügt nicht bloß, daß diese Staatsakte der Beschlussfassung der Parlamente zu unterstellen sind, sondern, daß die gesamte Führung der äußeren Politik jederzeit und nach allen Richtungen öffentlich und durch Beauftragte der Demokratie selbst erfolge. Allerdings würde schon, wenn auch die Kriegserklärung und die Friedensschließung überall das ausschließliche Recht der Parlamente wären, ein großer Teil der Kriegsführung gebannt sein. Denn solange der Krieg nicht ausgebrochen ist und noch nicht die Leidenschaften eines entseßten Nationalismus einerseits, die durch den Krieg geschaffenen Notwendigkeiten andererseits die Freiheit der Abgeordneten behindern, ja oft geradezu aufheben, ist schwerlich anzunehmen, daß sich irgendwo eine Volksoberkeit für die Eröffnung eines Krieges von großen Dimensionen und sicheren Weltkomplifikationen einschließen würde.

War nicht das mächtige englische Parlament, von dessen Allmacht man schon von alters her rühmte, daß es alles vermöge, sofern es nicht durch die Grenzen der Natur selbst seiner Gewalt entzogen sei, wie etwa aus einem Weibe einen Mann zu machen — war nicht selbst dieses Parlament so widerstandlos, daß es in der berühmten Sitzung vom 3. August 1914 gegen seinen damaligen Willen in den Krieg treten mußte, weil Sir Edward Grey ihm darlegte, daß es gar nicht mehr anders könne, daß seine Ehre bereits gebunden sei durch die geheimen Verträge, welche die englische Regierung mit der französischen bezüglich Kriegsunterstützung gegen Deutschland abgeschlossen hatte — Verträge, von denen das englische Unterhaus bei dieser Gelegenheit zum erstenmal Kenntnis erhielt!

zweierlei Maß an". Man glaubt uns im Auslande nicht mehr, weil die Zensur es unmöglich machte, die Angriffe auf die Mehrheit des Reichstages und gegen die Friedensnote des Papstes gebührend zu widerlegen. Resolutionen seien vom Reichstag genug gefaßt in diesem Kriege, jetzt müsse endlich etwas geschehen.

Der Ausschuss beschloß, einen Unterausschuss von 10 Mitgliedern zur Beratung des Antrages zu ernennen, der schließlich dem Reichstag seine Vorschläge machen soll. Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist Haase Mitglied der Kommission. Ferner wurde ein Unterausschuss eingesetzt zur Prüfung der Papierbelieferung der verschiedenen Zeitungen durch die Reichspapierstelle. Mitglied dieses Ausschusses für die Unabhängige Partei ist Abg. Vogelherr.

Antrag Seine im Hauptausschuss. Gesetz über den Kriegszustand.

Artikel I. An Stelle des § 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 tritt folgende Bestimmung:

Die Verhängung des Kriegszustandes ist zulässig für Gebiete, die teilweise vom Feinde besetzt sind oder in die ein feindlicher Einmarsch unmittelbar zu befürchten ist.

Für Gebiete, auf die dies nicht zutrifft, ist der Kriegszustand aufgehoben.

Artikel II. Wo auf Grund des § 1 oder § 2 Abs. 1 des Preussischen Gesetzes vom 9. Juni 1851 der Kriegszustand erklärt ist, ist für die auf Grund desselben zu treffenden Maßregeln, soweit sie sich gegen die Rechte von Zivilpersonen auf persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, des Eigentums, der Freiheit in Wort und Schrift zu äußern und sich in gesetzlicher Weise zu versammeln, richten, die obere Verwaltungsbehörde zuständig.

Artikel III. Gegen die von der oberen Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen kann jede davon betroffene Person Beschwerde erheben.

Artikel IV. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der Reichsausschuss für die Prüfung der Maßregeln des Kriegszustandes.

Artikel V. Der Reichsausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Beisitzern.

Vorsitzender ist der Stellvertreter des Reichslänglers. Die Beisitzer werden zur Hälfte vom Bundesrat, zur Hälfte vom Reichstag ernannt.

Unter den vom Bundesrat zu ernennenden Mitgliedern müssen vier Mitglieder des Reichsgerichts sein.

Das Geheimnis der Umkernerei.

II.

Gerade in dem Vorantreten der nationalkapitalistischen Interessen vor den des als Klasse vom internationalen Kapital in gleicher Weise unvorurteillich und ausgebeuteten internationalen Proletariats, das ist es, wodurch die Regierungssozialisten die Grundzüge der Sozialdemokratie verraten, die Internationale gemeinlich haben, und daraus der große Gegensatz zwischen ihnen und uns. So bestieg Cunow auch bestreitet, daß die Regierungssozialisten in die ausgetretenen Wege des kammernischen Nationalsozialismus eingeschwenkt seien, mit seiner Berufung auf das Staatsgefühl — nationalstaatliche Erwägungen —, als das einzige Motiv für die Politik des 4. August, gibt er selbst den besten Beweis für die Berechtigung, die von ihm verteidigte Haltung als nationalsozialistische Abtrünnung von der Sozialdemokratie zu bezeichnen.

Das tritt noch deutlicher hervor, wenn man ihn in seiner weiteren Rechtfertigung der Scheidemann-Regien-Politik verfolgt. Er ist da rein opportunistisch. Die Waffe eines ferneren Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse hätte zusammenbrechen können — wenn die Regierungssozialdemokratie eine andere — konsequent sozialistische — Haltung eingenommen hätte. So behauptet Cunow! Die Sozialdemokratie verlangt von dem einzelnen Genossen materielle und persönliche Opfer, wenn es heißt, der Sache des Sozialismus zu dienen; das gilt naturgemäß auch von ganzen Arbeitergruppen. Selbstverständlich sollen die verlangten Opfer im Einklang stehen zu den Erfolgen, die für das Gesamtproletariat in Aussicht stehen, mit den Gefahren, die abzuwehren die Situation erfordert. Was der Sozialismus von einzelnen seiner Kämpfer, von größeren Gruppen im Lande verlangt auch, solche Ansprüche sind auch gegenüber der Arbeiterschaft eines ganzen Landes berechtigt, wenn die in Frage stehenden Opfer im Interesse des Sozialismus schlechthin erforderlich erscheinen. Cunow spottet darüber, daß man zu Kriegsbeginn mit einem solchen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft gerechnet habe. Sein Spott berechtigt zu der Annahme, daß die Umkerner sofort erkannt haben wollen, daß der Krieg sich zu einem langandauernden Weltkrieg auszuwickeln werde. Dann allerdings hätte man auch wissen müssen, daß dann auch so unendlich viel vernichtet werden würde, daß es nun geradezu wie ein Hohn klingt, wenn jetzt die Sorge um weiteren sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft der Beweggrund zur Unterstützung und Förderung des Krieges gewesen sein soll. Dann hat man eben mit Spassfeilen nach der Burzelle geworfen, ohne auch nur die Welle zu erwischen.

Cunow unterstellt als unbestreitbar, daß die Gegner mit der Absicht in den Krieg eingetreten wären, Deutschland zu zerstören, die Industrie in Deutschland zu vernichten und so der deutschen Arbeiterschaft Erwerbsgelegenheit und Daseinsmöglichkeit zu rauben. Die Mühe, einen Beweis dafür anzuführen, daß die Regierungen der Entente mit einer solchen Absicht in den Krieg eingetreten seien, spart sich Cunow. Erklären jedoch die deutschen Regierungssozialisten, sie müßten Deutschland gegen Verführungsabsichten verteidigen, dann hätten, nach Cunowscher Logik, die Sozialisten der Entente Länder die gleichen Pflichten

ihren Ländern gegenüber. Mit der gleichen Logik muß selbstverständlich auch die Sozialdemokratie in allen Ländern für das tollste Betrüben eintreten. Was bleibt da noch von sozialistischen Grundsätzen und Aufgaben übrig?

Die ganze regierungssozialistische Begründung ihrer Haltung bricht vollends elend zusammen, wenn man näher auf die Frage der Arbeiterinteressen eingeht und zwar unter der von Cunow herausgestellten Voraussetzung. Nach seiner Darstellung bedingt die Veränderung nationaler Grenzen unbedingt eine Schädigung des in dem betreffenden Gebiet entwickelten Wirtschaftslebens. In solcher Ansicht liegt eine Verleumdung des Wesens des Kapitals. Eine Veränderung kann andere Kapitalisten zur Herrschaft bringen, aber warum soll damit eine Vernichtung des in Frage kommenden Wirtschaftslebens verbunden sein? Hat etwa die Annexion Elsaß-Lothringens der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes geschadet? Glaubte man, bei einer Annexion Belgiens würde dessen industrielle oder landwirtschaftliche Erzeugungsmöglichkeiten vernichtet werden? Ist man nicht vielmehr davon überzeugt, daß hier und in den besetzten östlichen Gebieten das Wirtschaftsleben schneller aufblühen werde, wenn sie annektiert werden, anstatt ihnen die unbeschränkte Selbstständigkeit zu geben? Läßt man die Cunowsche Theorie gelten, dann müßte man unter allen Umständen gar für gewaltsame Eroberungen eintreten.

So führt die regierungssozialistische Logik überall zu Widerstreit. Die Scheidemannier können für ihr Verhalten tatsächlich andere Gründe angeben, als daß sie, in vager Hoffnung, Reformgeschenke zu erlangen oder Maßnahmen gegen Partei und Gewerkschaften abzuwehren, sich verleiten ließen, den Sozialismus zu verraten, oder aber, daß sie tatsächlich bewußt in das nationalsozialistische Lager abgeschwenkt sind, um die Arbeitermassen mit all ihren Interessen, denen des kapitalistischen Nationalstaates zu opfern.

Der Einheitskandidat.

Die Regierungssozialisten haben für die Erziehung im Reichstagswahlkreis Niederrhein den Arbeitersekretär Rudolf Wissel aufgestellt. Der „Vorwärts“ sucht die Wähler vor der Unabhängigen Sozialdemokratie kopfschüttelnd zu machen, indem er die Kandidatur Wissel demjenigen empfiehlt, die für die Einheit der Arbeiterbewegung wirken wollen.

In Wahrheit gehört der regierungssozialistische Kandidat Wissel gerade zu jenen Kreisen der Gewerkschaftsführer, die schon gleich nach Ausbruch des Krieges unablässig auf den Herauswurf der oppositionellen Elemente aus der ehemaligen sozialdemokratischen Partei hin gedrängt haben. Es dürfte unseren Lesern noch in Erinnerung sein, daß es gerade der Gewerkschaftsführer Legien war, der im Reichstagswahlkreis Niederrhein aus der sozialdemokratischen Fraktion verlangte. Und was Legien in der Reichstagsfraktion tat, das tat seine engeren Gewerkschaftsfreunde in der Partei und in den Gewerkschaften: überall sprachen sie die Acht und Bann gegen die oppositionellen Elemente, die ohnehin schon unter Zensur und Belagerungszustand zu leiden hatten.

Jetzt kommen die Regierungssozialisten her und wollen sich den Arbeitern als diejenigen empfehlen, die die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung erstreben! Das ist eitel Heuchelei. Als vor einigen Monaten in der Vorläuferversammlung der Gewerkschaften beantragt worden war, die Generalkommission der Gewerkschaften möge sich bei gewerkschaftlichen Fragen nicht nur mit der regierungssozialistischen Partei, sondern auch mit der unabhängigen Sozialdemokratie in Verbindung setzen, da wurde dieser Antrag mit überwältigender Majorität abgelehnt. Die Gewerkschaftsführer, aus deren Kreisen Wissel stammt, wollen in Wahrheit eine Einheit nur nach rechts und eine Unterdrückung gegen alles, was links von ihnen steht. Sie führen noch jetzt den schärfsten Kampf gegen jede freie Meinung innerhalb der Gewerkschaften und zwar mit den schofelsten Mitteln. Aber sie gehen Arm in Arm mit Herrn Cunow, Lensch, Dabib, Koll usw. Immer mehr hat sich bei den Arbeitern die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Politik der freien Gewerkschaften eine falsche und verberbliche gewesen ist. Herr Wissel ist das Urbild des burgfriedlichen Gewerkschaftsführers, dessen Geist während des Krieges von dem patriotischen Eifer so sehr benebelt worden ist, daß er von der tatsächlichen Lage der Arbeiterklasse kaum noch eine Ahnung hat. Es war ja gerade Herr Wissel, der sich intern 17. Oktober 1914 im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften geäußert hat:

„Der Krieg hat in allen Volksteilen ganz ungeahnte soziale Kräfte geweckt und sozialfeindliche Bestrebungen eliminiert. Das Bewußtsein sozialer Pflichterfüllung ist in solch hohem Maße in unserer Volks zum Durchbruch gekommen, daß sich die Schwarzseher und Raffandranzer beschämt und zermürbt in die Ecke stellen müssen.“

Diese Aeußerung zeigt, daß sich der schönrednerische Herr Wissel zu allem anderen eignet, nur nicht zum Reichstagskandidaten, denn von diesem muß verlangt werden, daß er sich nicht von jeder patriotischen

Welle fortspülen läßt, sondern den festen Boden unter den Füßen behält.

Wer zersplittert?

Man schreibt uns noch zu der Zersplitterungsnotiz des „Vorwärts“:

Der „Vorwärts“ nennt den Genossen Breitscheid den Zersplitterungskandidaten für Niederrhein.

Das ist die unter Epitheten niederer Ordnung bewährte Methode des „Halte den Dieb-Rufens“.

Wer zersplittert?

Die Unabhängigen Sozialdemokraten halten fest an der Gedankenwelt des alten Sozialismus. Nicht sie, sondern die Scheidemannier sind es, die die Sozialdemokratie auf Abwege geführt haben.

Die Trennung der beiden sozialdemokratischen Gruppen ist vollendete Tatsache. Zwei Parteien stehen gegeneinander.

Im Wahlkreis Niederrhein haben sich seinerzeit bei der Spaltung die meisten und größten Organisationen für die Unabhängigen ausgesprochen. Sie besitzen also das moralische Anrecht auf den Wahlkreis.

Der verstorbene Abgeordnete Stadthagen gehörte im Einklang mit der großen Zahl seiner organisierten Wähler der Fraktion der Unabhängigen an. Es versteht sich also von selbst, daß die Unabhängigen ihm einen Nachfolger aus ihren Reihen geben wollen.

Wir bestreiten den Abhängigen nicht das Recht, auch ihrerseits einen Kandidaten aufzustellen. Dabei aber sollten sie den Mut haben, sich auf ihre von den unseren und damit von denen der alten Sozialdemokratie abweichenden politischen Ansichten zu berufen und nicht in ein heuchlerisches Wohlgeschrei über die Zersplitterung durch die Unabhängigen ausbrechen.

Wer zersplittert?

Die Redefreiheit und die Badische Kammer.

Von einem Zentrumsabgeordneten wurde am Dienstag dagesen Beschwerde erhoben, daß durch die Zensur des stellvertretenden Generalkommandos (XIV. K.-K.) der Bericht über die Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei verboten wurde.

Staatsminister v. Bodman machte darauf die Mitteilung: Aus dem Bezirksamt Mannheim (Polizeibehörde) erschien ein Vertreter der Sozialdemokratie und teilte mit, er habe gehört, daß Störungen der Versammlungen beabsichtigt seien; um diese zu verhindern, sollte der Sozialdemokratie das Wort erübt werden. Darauf wurde vereinbart: 1. der Reichstagsabgeordnete Oskar Ged dürfe 25 Minuten lang sprechen, 2. auch in Versammlungen der Sozialdemokratie soll ein Vertreter der Vaterlandspartei zum Wort kommen.

Von den etwa 4500 Versammlungsbesuchern waren wohl 2000 Sozialdemokraten. Bei der Eröffnung durch den Vorsitzenden schrie der Arm ein, Gesang erkobte; da die Ruhe nicht herzustellen war, löste der Polizeikommissar die Versammlung auf, was mit Johnen begriffen wurde. Langsam und zögernd entfernten sich die Leute, wobei die Schutzmannschaft eintrifft.

Staatsminister v. Bodman erklärte sich mit der Zensur einverstanden, deren Kritik er ihm nicht zusehe. Der Vorgang sei eine Schande für das badische Land. Man hätte die Rufschreiber entfernen, nicht die Redner zum Schweigen verurteilen sollen. Der Sozialdemokratie wird gestattet, über Friedensziele zu sprechen. Die organisierte Sozialdemokratie (gemeint sind die Regierungssozialisten. Red.) habe das übrige getan, das Ventil zu öffnen. (Bravo bei den Bürgerlichen und Regierungssozialisten!)

Abg. Böder (Abg. Soz.): Diese Ruheförder sind nachweisbar nicht Mitglieder meiner Partei, sondern die Unabhängigen gewesen. Ueber diesen Vorgang sprechen wir unser lebhaftes Bedauern aus. Wir haben uns mit dem Büro in Verbindung gesetzt und Redefreiheit verlangt.

Ein ähnlicher Vorgang spielte sich vor einigen Monaten ab in der Scheidemann-Versammlung; da sind es einzelne wenige Unabhängige gewesen, welche diese Friedenspropaganda führten. Das Verbot der Berichterstattung durch das Generalkommando war eine verfehlt Sache.

Staatsminister v. Bodman: Ich habe keine Vorwürfe gemacht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Ruheförder und habe dabei angenommen, daß es Unabhängige gewesen seien, wohl ausschließlich Unabhängige. Die Sozialdemokraten wollten das Ventil öffnen, eine geringe Minderheit hat die große Versammlung terrorisiert. Man müsse die Freiheit der Rede schützen.

Abg. Ged (Unabh. Soz.), der am anderen Tage (Mittwoch) zum Wort kam, wandte sich gegen die reaktionäre Methode, aus einem Vorgang, der an sich bedauerlich sei, Kapital zu schlagen gegen eine politische Partei, die verfolgt sei. Er kennzeichnete das Vorgehen der Mannheimer Regierungssozialisten beim Bezirksamt (Polizeibehörde) als eine Hintertreppenspolitik, die in den Arbeitertreibern böses Blut machen mußte. Den Unabhängigen habe man dann erst in der Versammlung ein Versprechen gemacht, daß sie

auch zum Vort kämen. Ob dies bei einer Tagung über die Mittagszeit, wo die Arbeiter wegen der Nahrungseinnahme nicht einige Stunden lang auszuharren vermögen, in Erfüllung geben konnte, sei von vornherein ausgeschlossen. Wo hätten auch die Unabhängigen sofort einen Redner bekommen können, da in Mannheim sich zeigt, daß führende Leute alsbald zum Desertionsdienst abberufen werden. Die „B o l l e t t i n“ habe die Stimmung für die Versammlung vorbereitet durch heftige Artikel gegen die Vaterlandspartei, aus denen Redner einige Zitate verliest. Auch die Auswahl des Mannheimer Reichstagsabg. Geel zum Gegenredner sei als „Ventil“ keine glückliche gewesen, da gegen ihn eine sehr gereizte Stimmung in der dortigen Arbeiterschaft vorhanden sei. Diese ganze Abmachung könne nicht als die Sicherung der Versammlung durch ein Ventil, sondern als Mittel für die gegenseitige Wirkung bezeichnet werden. Das Richtige wäre gewesen, für eine öffentliche Versammlung mit freier Aussprache ohne Bindung zu sorgen. Bei der Scheidemann-Versammlung seien es auch Versuche der Versammlungsordnung gegen die freie Aussprache gewesen, welche die Störung verursachten. Vorträge und Militärkassette seien ungeeignet, das freie Wort zu hüten. Nicht nur in Baden, auch anderwärts in Frankfurt kam es zu gewaltsamen Störungen, ohne daß man dort gegen die Unabhängigen die Sache ausnüßte.

Daran schloß sich eine Darlegung Geel's über die Praxis der badischen Polizei zur Ueberwachung der Mitgliederversammlungen der Arbeiterschaft in Baden und zur Verhinderung der Redefreiheit; ferner über die sich mehrenden Bespitzelungen unserer Anhänger.

Staatsminister v. B o d m a n ging auf die Mannheimer Angelegenheit nicht mehr ein. Die vom Abg. Geel gerichteten Hausdurchsuchungen durch Geheimpolizisten bei unabhängigen Sozialdemokraten in Karlsruhe versprach der Minister untersuchen zu lassen.

Die Frauen in Würzburg.

Wie aus dem soeben erschienenen Protokoll der Tagung der Deutschen Sozialdemokratie in Würzburg im Oktober 1917 hervorgeht, waren die Frauen dort nur schwach vertreten. 202 Kreise hatten unter 283 Delegierten 8 Frauen entsandt, außerdem Frau Juchacz als Vertreterin der „Gleichheit“ — ein richtiger Kriegserfolg für unsere ihres Postens beraubte Genossin Zeitin.

Diese geringe Zahl wirkt um so überraschender, als mehr als ein Viertel der in der Partei der Unabhängigen überhaupt organisierten Frauen sind. Nach dem Bericht an den Parteitag zählte die Partei am 31. März 1917 243 061 Mitglieder, davon 66 608 weibliche, das sind 27,3 vom Hundert. Aber die anwesenden 8 Frauen machten nur 2,3 vom Hundert der anwesenden Delegierten aus. Zahlreich ein beschämendes Resultat für eine Partei, die die Gleichberechtigung von Mann und Weib auf ihre Fahne schreibt! Weibliche Delegierte hatten entsandt: Kiel-Neumünster-Mendenburg, Reutlingen-Lüdingen, Ehingen-Blancheuren, Hannover-Linden, München I, Hamburg III, Teltow-Beeskow und Döbeln (10. sächsl. Wahlkreis). Leider läßt sich nicht feststellen, wie groß die Zahl der in diesen Kreisen organisierten Frauen ist. Da der Bericht nur die Mitgliederzahlen der Bezirke veröffentlicht, nicht der einzelnen Kreise. Beachtenswert ist, daß Bezirke mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Parteianhängerinnen, deren Recht auf Delegation tatsächlich nicht anerkannt. So Brandenburg, Breslau, Rattowitz, Magdeburg, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Westfalen und Niederrhein, wo überall der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Organisierten ein Viertel bis die Hälfte beträgt. Die 6476 Wahlvereinsmitglieder von Groß-Berlin, davon 1788 weibliche, waren durch 10 Delegierte vertreten, darunter nur eine Frau, delegiert von Teltow-Beeskow.

Wenn auch schon auf früheren Parteitagen die Genossinnen nicht im Verhältnis ihrer Organisationszahl zu den Delegierten herangezogen wurden, so war das Minderhältnis noch niemals ein so starkes wie auf der Würzburger Tagung. Doppelt stark in Rücksicht auf die Bewertung der Mitarbeit der Frau auf allen Gebieten seit Kriegsausbruch und der ihr in Wort und Schrift zuteil gewordenen Anerkennung, die gerade auf der Würzburger Tagung ganz besonders betont wurde.

Das mag auch den in Würzburg anwesenden Frauen, zum Teil bekannte und bewährte Genossinnen, das Gefühl aufgedrängt haben, mehr Geduld als Gleichberechtigte zu sein. Nur so läßt sich ihr übliches Verhalten als sozialistische Klassenkämpferinnen verstehen. Ihre Ausführungen beschränkten sich auf das, was ihnen von der bürgerlichen Welt zu bequem und so gern als ihr „eigenes“ Gebiet zugewiesen wird: das Gefühlsmäßige. Auch nicht eine einzige wagte in die politischen oder parteipolitischen Debatten einzugreifen.

So blieben beispielsweise Dr. Landsberg's Ausführungen un widersprochen, der die Forderung des Frauenwahlrechts damit begründete, „weil der Gedanke des Frauenwahlrechts sich in der Kultur verankert hat und weil wir nicht wollen, daß Deutschland hinter England und Rußland zurückbleibt“. Niemand forderte in Würzburg das Frauenwahlrecht als ein staatsbürgerliches Recht, bedingt und geschaffen durch die Leistungen der Frau als Mutter und durch ihren Anteil an der kapitalistischen Produktion, zur Erhaltung und insbesondere für uns Sozialistinnen zur Mitarbeit an der Umwälzung des bestehenden Klassenstaates. Daß 21 von den 47 befragten Parteibezirken von „Mehrigar Mitarbeit unserer Genossinnen“ in verschiedenen Gemeindefunktionen und anderen Körperschaften berichten konnten, wird während hervorgehoben, doch selbstverständlich verweigerten, daß dies die Frucht ist der unermittellichen Agitation der durch Frau Juchacz verdrängten Genossin Biez, wie der be-

lehrenden, aufklärenden Artikel der Zeitinschen „Gleichheit“. Aber diese beiden können trotzdem einen Erfolg buchen — wenn auch einen in Würzburg unausgesprochenen! Am 7. und 8. Juli hat in Berlin eine Reichsfrauentagung der Unabhängigen stattgefunden, die, wie der Bericht sagt, „der Antos war zu größerer Lebhaftigkeit in der Frauenbewegung“. Dieses Zugewandnis ist wertvoll! Wie oft und dringlich vor der Spaltung haben die Genossinnen im Reich, Zeitin und Biez an ihrer Spitze, sich beim früheren Parteivorstand bemüht, seit Kriegsbeginn eine Reichsfrauentagung zu erreichen. Vergeblich! Erst der weibliche Mitgliederchwund in der alten Partei konnte den Widerstand brechen. Wie unberechtigt er war, zeigt der vom Parteivorstand nunmehr selbst anerkannte Erfolg.

Der von den Frauen in Würzburg eingebrachte Antrag und ihre „Erklärung“ befragen beide dasselbe: Sie fordern Mitarbeit und Mitbestimmungsrecht der Frau auf allen Gebieten, wobei auf „gemeinsame Arbeit der Parteiorganisationen und der Gewerkschaften“ der größte Wert zu legen sei. Ein Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags „Frauenarbeit und Frauenschutz“ zu setzen, fand ebenso wie der obige einstimmige Annahme. Welche geringe Aufmerksamkeit aber der Parteitag den Frauen widmete, beweist, daß der auf Frau Juchacz folgende Redner, Winnig, mit den Worten beginnen mußte: „Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie einen Augenblick in der Unterhaltung und der Bekämpfung störe!“

zieht man das Ergebnis der Teilnahme der neun Frauen auf der Würzburger Tagung, so muß man feststellen: Nicht in dem, was sie sagten, sondern in dem, was sie nicht sagten, liegt der große Unterschied zwischen diesem und früheren sozialdemokratischen Kongressen.

Wohl fanden die Frauen auch diesmal beredte Worte, die ganze Not und Qual der Arbeiterinnen, Frauen und Mütter in postenden Einzeldarstellungen zu schildern und die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten zu fordern; doch nicht unterließ ihre Begründungen von der Art, wie sie auf irgend einem bürgerlich-sozialreformistischen Kongress ausgesprochen wird. Eine Charakterisierung der Gesellschaft, die alle diese Schutzforderungen für Weib und Kind notwendig macht, und die erst eines mütterlichen Krieges bedarf, das Weib als Trägerin künftiger Generationen wie als Mitarbeiterin voll würdigen zu lernen — ein Hinweis darauf, daß der Arbeiterbeschäftigte ein ewiger Kampf gegen das Wesen des mehrwertmüßigen Kapitalismus sein und bleiben muß — dieses Bekenntnis zur sozialistischen Anschauung blieb in Würzburg unausgesprochen.

Und wie sich unter den anwesenden Frauen keine fand, die den russischen Freiheitskämpferinnen ein Wort der Sympathie zurief, so auch keine, die die Frauen im Lande aufgerufen hätte zu tatkräftiger Mitwirkung an der Erringung eines baldigen Friedens und demokratischer Verfassung, die sich mit aufbaut auf der Gleichwertung und Gleichberechtigung beider Geschlechter.

Aus der Bewegung.

Die Leipziger Arbeiterschaft hat am Donnerstag, den 17. Januar, eine große Kundgebung für den demokratischen Frieden veranstaltet. Der Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte eine Versammlung in den großen Saal des Zoologischen Gartens einberufen, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Weyer das Thema „Eroberungs- oder Verhandlungsfrieden“ behandelte. In dichten Scharen waren die Leipziger Proletarier trotz der durch die frühzeitige Polizeistunde bedingten ungünstigen Versammlungsstände herbeigeeilt. Der große Saal und seine Galerien waren stark gefüllt, über 2000 Besucher sind zugegen gewesen. Das kräftige Referat wurde vielfach von starkem Beifall und Zustimmungsgedungen unterstrichen, der sich zum Schluß, als der Referent mit dem Ruf: „Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit den Kriegshebern! endete, zum stürmischen Donner steigerte. In der Diskussion versuchte ein Herr Fehner die deutsche Regierung etwas in Schutz zu nehmen; keine widerspruchsvollen Darlegungen fanden in der Versammlung des öfteren stürmischen Widerspruch. Genosse Dr. Kurt Weyer widerlegte ihn kurz und schlagend, worauf nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten die folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Kriegstreiber der sogenannten Vaterlandspartei sowie aller annexionsfähigen Elemente; sie fordert die arbeitenden Klassen auf, den Kriegstreibern liberal entgegenzutreten, wo sich die Möglichkeit dazu bietet.“

Die Grundlage aller öffentlich zu führenden Friedensverhandlungen soll sein: Keine Annexionen; keine Kriegszuschüßigung; Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Nach einer Schlußrede des Vorsitzenden, Genossen Ripinsky, in der er zur eifrigen Arbeit für die Unabhängige Sozialdemokratie und für ihr Organ, die „Leipziger Volkszeitung“, aufforderte, ging die imposante Versammlung auseinander. Sie hat gezeigt, wo die Massen der Leipziger Arbeiter in der Friedensfrage stehen; die Vaterlandspartei wird hier keine Geschäfte machen können.

Neue Erfolge in Nordbayern. In Nordbayern hielt Genosse Ledebour eine Reihe von Referaten ab, die vollen Erfolg für die Friedensbewegung und für die Unabhängige sozialdemokratische Partei hatten.

In Schweinfurt waren am 12. Januar 700—800 Versammlungsbesucher zusammengelommen; hunderte konnten in dem überfüllten Saal keinen Zutritt finden. In Heydingfeld bei Würzburg waren 4—500 Personen in der Versammlung erschienen.

Am 15. Januar fand in Nürnberg im Herules-Belodrom eine Versammlung statt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, es waren etwa 4000 Personen anwesend. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in der Kritik der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk und wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Schließlich nahm die Versammlung mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, die sich für die unbedingte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einem allgemeinen Frieden ausspricht und sich für die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt.

Aus Nordbayern. Zwei gut besuchte Versammlungen wurden in Bamberg und Kischaffenburg am 16. und 17. Januar abgehalten. Beide Versammlungen bedeuteten für die Kriegs- und Friedenspolitik der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands einen entscheidenden Erfolg. Einen ganz prächtigen Verlauf nahm insbesondere die Kischaffener Versammlung, in der das bürgerliche Element nahezu die Mehrzahl bildete. Diese Mehrheit jedoch gab — trotz schwerer Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung — in sehr unzweideutiger Art ihrer Zustimmung zu den Ausführungen des Abgeordneten K u n e r t über das Thema: „Krieg und Frieden“ während des Vortrages und am Schluß des Referats fast durchweg sehr starken Ausdruck. Ein seltener Umstand, der auf die lokale Agitation unserer Genossen aufmerksamer einwirken muß. In beiden Versammlungen waren zwischen Partei und Behörde Richtlinien verabredet, die in Kischaffenburg ohne jede polizeiliche Pedanterie „überwacht“ wurden. Dagegen waren leider in beiden Versammlungen Disziplin und Annahme von Resolutionen militärbehördlich ausgeschlossen.

Schöne Kämpferweise. Mit welcher schätzbaren Mitteln Unabhängige gegen unsere Genossen kämpfen, davon liefert der Herr Abg. Ledebour-Jena einen neuen Beweis. Ein Genosse soll behauptet haben, zwei Söhne Leders gehörten dem Jung-Deutschlandbunde an. Das wird von Ledebour in der „Leimarscher Volkszeitung“ bestritten und soweit es in sachlicher Form geschieht, wird niemand dagegen etwas sagen können. Aber Ledebour gibt im Blatt genau an, wie der Genosse heißt, wo und was er bei der betriebslosen Firma arbeitet und, damit über seine Person gar kein Zweifel aufkommen kann, verzeichnet er auch noch, in welchem Dorfe der Mann wohnt und vor allem, daß er unabhängig sei.

Die Absicht, die sich mit solchen Angaben verbindet, kann gar nicht verkannt werden: der Genosse ist der Mahregelung empfohlen! Und das nennt sich noch Sozialdemokrat und Volksvertreter!

Das ist nicht der erste Fall skandalöser Denunziation. Vor einiger Zeit wurde der Genosse R. in Eisenach in der „Volkszeitung“ der Verbreitung von Flugblättern denunziert. Ueberdies schrieb die Geschäftsleitung einen Brief an das Generalkommando mit der gleichen Beschuldigung. So kam man zu der Genugtuung, daß der Beschuldigte angeklagt und verurteilt wurde. — Eine seine Gesellschaft das!

Ueber die Verhaftung Minkers verbreitete kürzlich die J. A. auf Grund eines Auszuges aus der holländischen Tribüne eine mysteriöse Geschichte. Jetzt wird die Verhaftung amtlich bestätigt durch folgende vom Wolffischen Telegraphenbureau herausgegebenen Mitteilung. Sie heißt:

Der Fall Minker.

„Wie wir hören, ist am 11. Dezember der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-sozialistischen Wochenzeitung „Der Kampf“, Karl Minker, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei in der Nähe von Liebfeld festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß (Wurm) überschritten hatte. Minker ist bringend verdächtig, mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere dem Bureau Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für diesen durch Mittelspersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage getrieben zu haben. Er hat bereits zugegeben, durch eine Vertrauensperson einen Brief an den Bureauchef einer Kriegsanstalt gerichtet zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vorkämpfe an Rüststoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helfershelfer kamen etwa neun Personen im Westen Deutschlands und in Berlin in Betracht. Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus der Haft entlassen werden. Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Offenbar ist die oben geschilderte Verhaftung des Minker und seiner Helfershelfer auf diese Weise von dem Verbanne aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgebauscht worden.“

Die Form der Notiz läßt keine Klarheit erkennen. Minker ist nach anderen Mitteilungen amerikanischer Staatsbürger.

Karlsruhe. Am 10. d. M. veranstaltete die hiesige Mitgliedschaft der U. S. P. D. eine Versammlung im Stadteil Mühlburg, die eine öffentliche und von nahezu 100 Personen aus Arbeiterkreisen besucht war. Genosse Ad. Geel gab einen Bericht über die letzten Kammerverhandlungen, in denen die neue Parteikonstellation nach Auflösung des Großblocks ihre ersten Wirkungen zeitigte. Er befaßte sich insbesondere mit der Statrede des Mühlburger Landtagsabgeordneten Rolf und mit den ungünstigen Umständen der demokratischen „Neuorientierung“ in Baden. Die Anhänger des kollektiven Reformsozialismus hatten sich bis auf einen Verdrängten der „Volksfreund“ der Versammlung ferngehalten. Es brachte diese Versammlung unserer Bewegung einen neuen Erfolg. Der verurteilte Parteisekretär. In Danzig wurde der Parteisekretär Gehl wegen Beleidigung unseres Genossen Schröder zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Da die regierungssozialistische Presse über den Vorgang in ihrer bekannten „wahrheitsliebenden“ Art berichtet, sei der Sachverhalt hiermit kurz festgehalten.

Im vorigen Jahre setzte die Danziger „Volkswacht“ gegen unsere dortigen Parteifreunde eine wüste Hege in Szene, deren hauptsächlichstes Ziel die Genossen Schröder und Böh waren. Das Beginnen war um so verwerflicher, weil Schröder, der seiner Jugendkraft zur Opposition halber von diesen Seiten als Redakteur der „Volkswacht“ gemäßigter worden war, damals einen Monat in Schuchhaft gefesselt hatte, nun beim Magistrat Danzig beschäftigt wurde und ihm von der Kommandantur jede politische Betätigung bei Strafe bis zu einem Jahre Gefängnis verboten war. Er konnte sich also gegen die fortgesetzten Verdächtigungen der „Volkswacht“ gar nicht wehren und mußte erwarten, zum zweiten Male seiner Ueberzeugung wegen seine Beschäftigung zu verlieren. Wegen Verbreitung zweier Flugblätter für die Arbeitsgemeinschaft war Schröder vom Schöffengericht zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Bei der Strafkammerverhandlung wies er auf die milde Auffassung hin, die die westpreussischen Behörden bei ähnlichem Vorgehen der Regierungsjournalisten befunden hätten, und bat um gleiche milde Beurteilung. Die „Volkswacht“ brachte, obwohl sie keinen Berichtshinter bei der Verhandlung hatte, einen Bericht und beschimpfte Schröder wiederholt als Denunzianten. Schröder strengte gegen den verantwortlichen zeichnenden Parteisekretär Gehl Privatklage an. Fast neun Monate nach dem Erscheinen des Artikels gelangte die Sache zur Verhandlung. Schröder hatte sich in der Zwischenzeit zweimal zur Zurücknahme der Klage bereit erklärt; beide Male war die Einigung an dem Verhalten Gehls gescheitert. Obwohl ihm sogar noch von dem Amtsrichter schriftlich zur Einigung mit Schröder geraten wurde, lehnte Gehl dies ab, da er aus „parteilichem Gründen“ nicht mit Schröder in persönliche Fühlung treten könne. Vor dem Schöffengericht mußte Gehl selbstverständlich verurteilt werden. In dem langen Bericht der „Volkswacht“ sind alle diese Dinge dem Leser unterschlagen. Dagegen wird behauptet, Schröder hätte eine hohe Strafe beantragt. Das ist unwar. Schröder beantragte nur Ersatz der Kosten und Publikationsbefugnis; über das Strafmaß hat er sich überhaupt nicht geäußert. Bei den Verhandlungen gegen Gehl führte Schröder aus, Gehl habe genau gewußt, daß er ihn nie denunziert habe. Er hätte ihm mit Rechtigkeit ein halbes Duzend Strafverfahren besorgen können, wenn er diese Absicht gehabt hätte. Schröder besetzte das mit drei weit zurückliegenden Fällen, die verjährt sind, wo Gehl sich über Befehlsbestimmungen hinwegsetzte. Die Volkswacht benutzt das zu neuen Angriffen gegen Schröder. Es lag daher für Schröder nicht die mindeste Veranlassung vor, auf die Annäherung der Gehlschen Praxis zu verzichten. Dieser Herr, der der Erörterung seiner Zweideutigkeiten aus dem Wege gehen möchte, beschuldigt schamlos die Genossen Henke-Bremen und Böh-Danzig in Gegenwart der Polizei der Abhaltung einer verbotenen Versammlung. Wegen beide wurde daraufhin ein Strafverfahren eingeleitet. Das geschah noch vor der Spaltung. Unsere Danziger Genossen haben sich solcher Mittel nie bedient. Soweit kann in dessen ihre Rücksicht nicht gehen, daß sie das zweierlei Maß, mit dem in Danzig gemessen wird, nicht an den Pranger stellen sollten.

Groß-Berliner Chronik.

Die Rücksichtslosigkeit hat durch die in voriger Woche besonders starken Verkehrsnöten einen Grad erreicht, wie selten zuvor. Jeder sieht zu, wo er bleibt. An den Straßenbahnhaltestellen, an den Bahnhöfen der Stadt und Hochbahn entwickelten sich beim Einsteigen wahre Faustkämpfe. Die Alibogen werden gebraucht, um sich mit dem Einsatz des Lebens einen Platz zu erkämpfen. Im Innern der Wagen fürchterliche Enge. Man kann sich nicht hin und her rühren und hat seine liebe Not, am Ziele angelangt, rechtzeitig aus dem Wagen zu kommen. Auf der Hoch- und Untergrundbahn war es vorige Woche so schlimm, daß viele über ihr Ziel hinausfahren mußten, weil es ihnen nicht möglich war, rechtzeitig aus dem Wagen zu gelangen. Man vernahm die glockenartigen Schreie des Autosomnibusse, die in Freizeitanzeiten uns einigermaßen über das schlimmste Verkehrselend hinweghelfen. Aber auch die hat uns der Krieg genommen. Diese so beliebten und schnellen Beförderungsmittel um anderweitig Dienst und soweit noch einige Wagen hier belassen wurden, sind sie entweder schadhast geworden oder es ist ihnen infolge von Benzinmangel der Atem ausgegangen. Und daß die Straßen der Stadt nicht besser und schneller vom Schnee befreit und für den Verkehr nutzbar gemacht werden konnten, ist auch dem Kriege zu danken, der die nötigen Arbeitskräfte uns entzogen und soweit sie vorhanden, der Kriegsindustrie zugewiesen hat.

Trohe Abende veranstaltet der Göthe-Bund. Die Not der Zeit auf einige Stunden vergessen zu machen, sollen der Zweck der Veranstaltungen sein, die von namhaften Künstlern unterstützt werden und einen heiteren Charakter haben sollen. Für die ärmere Bevölkerung sollen die trohen Abende bestimmt sein. Die städtischen Behörden haben mit 10 000 Mark den Göthebund subventioniert. Eintrittskarten zu 25 Pfg. Familienkarten 1—5 Personen 50 Pfg. inkl. Kleiderablage sind bei der Gewerkschaftskommission zu haben.

Die Unglücksnachrichten häufen sich. Eine Frau, die im Begriff war, der Untergrundbahn zu entsteigen, wurde mit den Kleidern in die Tür eingeklemmt und dadurch von dem fahrenden Zug mitgeschleift. Dadurch wurde sie so schwer an die Mauer geschleudert, daß sie ihren Tod fand. — Ein Explosionsunfall in der A. G. E. in der Brunnenstraße hatte zur Folge, daß zwei Frauen in Ohnmacht gerieten, und andere Arbeiterinnen zum Teil schwer, zum Teil leichter verletzt wurden. Ob in dieser Zeit der Arbeitshetze alle Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter getroffen waren und auch beachtet worden sind, sieht dahin. Jedenfalls läßt auf diesem Gebiete heute nicht

mehr wie alles zu wünschen übrig. — Bei einem Zugzusammenstoß in Westend kamen eine Reihe Arbeiter schwer zu Schaden. Die ersten schweren Quetschungen an der Brust, an den Armen und Beinen. Eine Anzahl mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Brenntorf will der Berliner Magistrat selber Kerstellen lassen. Zu diesem Zwecke soll in Blankensee bei Berlin eine besondere Anlage errichtet werden im Werte von jetzt 1/4 Million Mark. Die Anlage soll mindestens 6000 Tonnen Torf erzeugen können, 20 000 Tonnen soll die Höchstleistung betragen. Man denkt, für den Zentner Torf 2 Mark nehmen zu können. Die Anlage wird aber für diesen Winter nicht mehr in Frage kommen. In der Stadtverordnetenversammlung fand die Magistratsvorlage heftige Widerstände; nach längerer Debatte gelang es aber, die Vorlage zur Annahme zu bringen, die etwa 20 000 Familien Hilfe bringen soll.

Ueber eine große Wahlrechtsversammlung für den 1. und 3. Wahlkreis weiß der „Vorwärts“ zu berichten, in der Otto Braun vom Parteivorstand der Regierungsjournalisten sprach. Uns wird dazu mitgeteilt, daß die Versammlung von genau gezählten 49 Personen besucht war, darunter 14 Frauen. Darunter waren eine Anzahl Gäste, die aber die Aufforderung zum Beitritt in die regierungsjournalistische Partei unbeachtet ließen.

Die Diebstähle auf den Güterbahnhöfen sind an der Tagesordnung. Dieser Tage wurde vor dem hiesigen Landgericht eine Anklage gegen drei ehemalige Bahnangestellte und zehn Helfersbesser wegen Beteiligung an Raubdiebstählen auf dem Anhalter Bahnhof verhandelt. Es wurden Strafen von 6 Monaten Gefängnis bis 3 Jahre Jugendhaus verhängt.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung vom 21. Januar beschäftigte sich wieder einmal mit der Rathausdruckerei. Zur Anschaffung einer Druckmaschine vertrat Stadtv. Friedrich die Ansicht, daß von einer Erweitern der Magistratsdruckerei abzusehen sei, da die Rentabilität solchen Vorhabens recht gering sei und man — wie seinerzeit vorgesehen — die großen Druckaufträge den leistungsfähigen Druckereibetrieben der Stadt zuwenden könne. Die Magistratsvertreter bekundeten die gute Rentabilität der eigenen Druckerei und legten dar, daß es unbedingt notwendig sei, viele Druckarbeiten in wenigen Stunden zu erledigen, während sich die Druckereibetriebe bei den Lieferungsfristen wenig zuverlässig erweisen haben.

Vom sozialen Standpunkt ist die volle Ausnutzung der Rathausdruckerei nur zu begrüßen, da andererseits die Interessen nicht der Allgemeinheit, sondern der Unternehmer wahrgenommen würden. Die weiteren Punkte der Tagesordnung fanden die debattierlose Annahme von durch die immer höher schwellende Teuerung notwendig gewordenen Nachbewilligungen. Beim Titel: Teuerungszulagen für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen war Gen. Paerlon eine recht interessante „kleine Anfrage“ ein. Ob nämlich ein Artikel der „Zeit am Montag“ und weitere Stimmen aus den Kreisen der Hilfsarbeiter berechtigt seien, die behaupten, daß die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen statt der angekündigten Teuerungszulage von 40 Mk. pro Monat nur eine solche von 10 Mk. erhalten hätten, da nämlich 30 Mark in Abrechnung gebracht worden seien? Der Magistratsvertreter war zwar der Ansicht, daß durch den fraglichen Artikel eine Entstellung der Tatsachen vorliege, führte aber zu diesem Titel noch spätere Darlegungen zu.

Diese Erläuterungen werden erwartet, da diese Abzüge von 30 Mk. tatsächlich stattgefunden haben, was schon daraus erhellt, daß für die Monate Oktober, November, Dezember 1917 zusammen 30 Mark, also nur 10 Mk. pro Monat nachgezahlt wurden.

Ein Protest gegen ein Versammlungsverbot. Die Berliner Stadtverordneten Börner und Genossen von der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Wir beantragen: die Versammlung wolle beschließen, 1. gegen das unerhörte, jeder Begründung entbehrende Verbot einer kommunalen Wählerversammlung durch das Oberkommando in den Marken im Interesse der Berliner Bürgererschaft schärfsten Protest zu erheben; 2. den Magistrat zu ersuchen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um für die Zukunft solche ungesetzblichen Verbote zu verhüten und um den Bürgern der Stadt Berlin die geleglich gewährleisteten Versammlungsrechte zu sichern.“

Aus der Zeit.

„Religionsunterricht.“ In welcher Weise in den Schulen Religionsunterricht erteilt wird, zeigt eine Beschwerde des Berliner Konsistoriums, in der nachstehende Angaben enthalten sind:

„Ein Knabe mußte vortreten und erzählte ungefähr wie folgt im Berliner Dialekt: Es war einmal eine dunkle Nacht. Und es war ein Wald, da standen Bäume. Der Mond schien und die Sterne schienen. Da schlief ein Mann. Da sagte ein anderer zu ihm: Du, lude mal, da vorne ist ein Licht. Und wie er hinsah, da war es ein Stern, und ein Engel war da, der sagte: Pakt auf, ich will euch mal was Feines sagen, da hinten ist das Jesukind geboren, da müßt ihr hingehen. — Der Lehrer erklärte das für sehr gut erzählt. Zur Geschichte Josephs: a) Die Lehrerin nahm in der siebenten Klasse Josephs Jugend durch: „Die Brüder mochten ihn nicht leiden, weil er sagte“, weiter, beim Herannahen der arabischen Leute: „Wollt ihr einen Jungen kaufen?“ „Zeigt ihn einmal!“ „Wieviel soll er kosten?“ b) Die Kinder berichteten folgendes: „Da sah mal ein Mann auf der Bank vor der Tür und rauchte seine Pfeife. Da kam ein kleiner Junge, der weinte und sagte: Meine großen Brüder haben mir jehanen. Da sagte der Vater: Weins man nich, ich werde dir was schenken. Dann

hat er ihn an eine Kiste geführt und gesagt: Sieh mal den schönen roten Stoff, da will ich dir 'ne Jacke von machen. Deine Brüder kriegen zur Strafe keine und müssen heute ohne Abendbrot zu Bett.“ Das machte offenbar den Kleinen Spaß.“

Das ist — „Religionsunterricht!“ Weil er in überreichlichem Maße erteilt wird, müssen wichtige Fächer in den Hintergrund treten. Das Provinzial-Schulkollegium ersucht, in Zukunft derartige Willkürlichkeiten zu vermeiden. Wir meinen, diese Probe beweist so recht, wie notwendig es ist, die sozialdemokratische Forderung zu erfüllen und den Religionsunterricht aus dem Lehrplan der öffentlichen Schulen zu entfernen. Die Schule hat wahrhaftig andere Aufgaben zu erledigen.

Professor Klein aus Jena hat in Leipzig einen Vortrag über Pestalozzi gehalten, in dem er ausführte:

Der große Erzieher Pestalozzi habe keinen Religionsunterricht haben wollen. Er habe eine Lüge vor allem Wortmachen gehabt. Seine Warnung vor dem Religionsunterricht sei aber von seinen Nachfolgern übersehen worden. Auch habe er im ersten Schuljahr die Kleinen nicht mit Lesen und Schreiben quälen wollen. Was den Religionsunterricht angehe, so ständen die Lehrer allerdings unter dem Zwange der Theologie, die nicht das geringste aufgeben wollte. In Deutschland besuche erst eine Pestalozzische. Es sei eine Lehrschrift, die unter der Freiheit der Universität in Jena stünde, und hier wären die ersten vier Schuljahre frei von Religionsunterricht. Alle Schreie der Geistlichkeit könnten daran nicht rütteln. Erst im 5. Schuljahr würden den Kindern Bilder aus dem Alten und Neuen Testament vorgesetzt. Es sei das ein Anschauungsunterricht, wobei auch auf die Sagenwelt eingegangen würde. Die Ideen Pestalozzis seien noch lange nicht ausgeschöpft.

Bestraft wegen vorzeitigem Verbrauch der eingekerkerten Kartoffeln wurde eine Arbeiterfrau in Krefeld. Bei einer Revision wurde festgestellt, daß die Kartoffeln, die bis zum 19. März reichen sollten, bis auf etwa 20 Pfund aufgebraucht waren. Vor dem Schöffengericht führte die Frau zu ihrer Entschuldigung an, sie habe ein Kostmädchen gehalten, das schwer arbeiten müsse und das in den zwei Monaten allein drei Zentner Kartoffeln verzehrt habe. Zudem sei sie nicht in der Lage gewesen, ihre Wochenmenge an Kartoffeln vor Dezember regelmäßig abzuholen. Das Gericht war der Ansicht, man könne wohl erwägen, daß, wer seine Kartoffeln vorzeitig aufzehre, sich selbst strafe, da er nachher ohne Kartoffeln wirtschaften müsse. Diese Erwägung dürfe aber nicht dazu führen, daß man solche Fälle ganz leicht auffasse. Denn es sei zu bedenken, daß bei solch leichtsinnigen Leuten die Ansicht aufkommen könnte, die Stadt lasse sie nicht hungern und werde ihnen weitere Kartoffeln beschaffen. Würde eine solche Nachverjahrung, die ja von der Stadt von vornherein als ausgeschlossen hingestellt worden ist, nötig, so bedeute das eine Bevorzugung gegenüber solchen Leuten, die mit ihren Kartoffelvorräten pfleglich und wirtschaftlich umgegangen sind. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Frau, deren Mann im Felde steht, wurde auf eine Geldbuße von 20 Mark erkannt.

Wenn alle Leute, die ihren Kartoffelbestand, insbesondere in Groß-Berlin die sogenannte eiserne Nation, vorzeitig aufgefressen haben, bestraft werden sollten, würden die Gerichte nicht ausreichen. In Groß-Berlin gibt es wohl kaum eine Familie, die noch im Besitze der eisernen Kartoffelration sein dürfte. Es reicht eben nicht, dafür aber die Leute noch bestrafen anstatt ihnen die Nation allgemein zu erhöhen, ist wirklich die Höhe.

Aus den Gewerkschaften.

Eine Konferenz des Glasarbeitersverbandes hat folgende Resolution beschlossen:

„Die am 13. und 14. Januar 1918 tagende Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses und der Gauleiter des Glasarbeitersverbandes kann sich mit der Haltung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Fragen des Hilfsdienstgesetzes und im Ernährungsbeirat nicht einverstanden erklären. Dasselbe ist der Fall in bezug auf ihre Stellungnahme zum Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Generalkommission in den genannten Fragen nicht konsequent und energisch genug die Rechte und Interessen der organisierten Arbeiter vertreten hat. Die Konferenz erwartet, daß die Generalkommission der Regierung gegenüber ihren ganzen Einfluß zugunsten der Arbeiterkraft zur Geltung zu bringen sucht unter verstärkter Betonung der unberechenbaren Dienste und Opfer, die der Gesellschaft von der ganzen Arbeiterklasse geleistet werden.“

Arbeiter-Bildungsschule.

Schillerstraße 6. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 27. Januar, findet der dritte Vortrag des Genossen Fritz Kurnert über die Kunst des Vornsprechens statt. Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Da der Gesundheitszustand des Genossen Eichhorn leider noch immer nicht befriedigend ist, kann sein Kursus am 28. Januar noch nicht beginnen.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schillerstraße 6. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Spandauer Str. 14-18.